



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 25.

Berlin, den 22. September 1918.

13. Jahrgang.

Friedensmanöver.

Berlin, den 17. September 1918.

Ein österreichischer Friedensführer.

Wieder einmal wird in der politischen Öffentlichkeit lebhaft über Frieden geredet. Die österreichische Regierung ist es, die diesmal den Anlaß dazu gab. Von einer Friedensaktion oder gar von einer Friedensoffensive kann man in bezug auf den österreichischen Vorstoß nicht reden. Es handelt sich im besten Falle nur um ein Friedensmanöver, das in absehbarer Zeit wieder abgebrochen werden dürfte, wenn es die wirklich ausschlaggebenden Befehlsgewalten für notwendig halten. Denn das muß von vorn herein festgehalten werden: die in der Friedensfrage wirklich ausschlaggebenden Faktoren stehen der Anregung der österreichischen Regierung im günstigsten Falle kühl und skeptisch, in der Hauptsache aber ablehnend gegenüber. Eine Stellungnahme, die je nach dem Wechsel der Kriegslage auf der einen oder anderen Seite variieren mag, der Verwirklichung des Friedens uns aber nicht näher bringen wird, am allerwenigsten eines Friedens, wie ihn der internationale Sozialismus fordert und wie ihn das internationale Proletariat braucht.

Entstehungsgeschichte, Motive und Begleiterscheinungen des neuesten unter schwarz-gelber Flagge vor sich gehenden Friedensmanövers sind noch ziemlich dunkel. Ob diese Note, die ja in Wirklichkeit nur eine unverbindliche Fühlungsnahme wünscht und die Fortsetzung der Kriegshandlungen ohne weiteres zugestimmt, der deutschen Regierung so ganz unerwartet gekommen ist, wird eine spätere Zeit lehren. In diesen Septembertagen hat die deutsche Regierung eine Anzahl von Aufgaben zu lösen, die ihr mancherlei Kopfschmerzen machen werden. Die psychologische Massenwirkung, die von dem österreichischen Friedensführer ausgeht, kann der deutschen Regierung bei der Bewältigung ihrer nächsten und brennendsten Sorgen nur angenehm sein, und das um so mehr, als die militärischen Faktoren durch ihn nicht ausgeschaltet werden.

Aber mag dem sein wie ihm wolle. Die österreichische Note ist gewiß beachtenswert; gewiß enthält sie manche Stelle, der auch wir unsere Zustimmung nicht versagen können. Trotz alledem muß auf das eine Nachdruck gelegt werden, daß sie nicht geeignet ist, die Friedensmöglichkeit zu schaffen, die unseren Anschauungen entspricht. Darum ist es unsere Pflicht, als internationale Sozialisten die Arbeiterschaft dringend zu warnen, sich irgendwelchen optimistischen Illusionen auf ein baldiges Zustandekommen des Friedens hinzugeben. Dazu sind die Faktoren, die auf beiden Seiten an einer Fortsetzung des Krieges festhalten, noch viel zu stark. Und wenn aus der österreichischen Note die Friedensschalmeien klingen, so können doch noch auf allen Seiten die Dissonanzen über das Thema: Endsieg, Niederwerfung, Vernichtung usw. so laut und schrill, daß sich daraus noch keine Harmonie ergibt.

Im Ententelager sind die kriegsbeherzigen Kreise durch die Waffenerfolge der letzten Wochen übermütig geworden und zeigen nicht die geringste Lust, sich auf irgendein Friedensmanöver einzulassen. In Deutschland aber ist alles, was auf den Schwertfrieden eingeschworen und alldeutsch orientiert ist, auf das höchste entsetzt über die österreichische Sonderaktion. Und das, was das offizielle Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, über die „friedliche Extratour des schwarz-gelben Bundesbruders zu sagen hat, klingt so sauerfüßig, daß man sich davon keine För-

derung der auf so eigenartige Weise angeschnittenen Friedensfrage versprechen kann. Zieht man dann noch in Betracht, daß der zurzeit in Deutschland planmäßig durchgeführten Redeooffensive alles andere als eine friedliche Generalidee zugrunde liegt, so wird man tatsächlich jede Hoffnung auf ein Kriegsende begraben müssen.

Gerade in diesen Tagen, in denen so unendlich viel über Frieden geschrieben und geredet wird, gilt es mit allen Mitteln der Aufklärung, den Friedensillusionen innerhalb der Arbeiterschaft entgegenzuwirken.

Die österreichische Note.

Da es sich bei dem österreichischen Friedensvorstoß um einen politisch und geschichtlich wichtigen Vorgang handelt, die Note überdies die politische Öffentlichkeit noch auf lange hinaus in Atem halten wird, sei ihr Wortlaut hier wiedergegeben. Zudem spricht sie eine Sprache, die man bisher aus diplomatischen Aktenstücken nicht heraushörte. Eine ganze Reihe von Fragen werden in ihr berührt, die erst vor wenigen Wochen dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, dem Herrn v. Kühlmann, das Genick gebrochen haben, in der Presse bisher überhaupt nicht erörtert werden durften. So triumphiert eben die harte Logik des Krieges auch über den hartnäckigsten Zensurzwang.

Die österreichische Note wird mit folgendem amtlichen Ausführungen begründet:

Wien, 14. September.

Amlich wird verlautbart:

Eine objektive, gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller kriegsführenden Staaten läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß alle Völker, auf welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeiführen. Trotz diesem außerordentlichen und beargwöhnlichen Wunsch nach Frieden ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näherzubringen und die Kunst, die die Kriegsführenden gegenwärtig voneinander trennt, zu überbrücken.

Es müssen daher wirksamere Mittel und Wege

in Erwägung gezogen werden, durch die dem verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verständigung zu überprüfen.

Der Schritt, den Oesterreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem erhofften Erfolg. Die Gründe hierfür lagen wohl in seinen damaligen Verhältnissen. Um die in fester Abnehmung begriffene Kriegslust ihrer Völker aufrecht zu erhalten, hatten die alliierten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den strengsten Mitteln unterdrückt, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der Übergang von der wildesten Kriegsbegehr zur Veröhnlichkeit. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unser damaliger Friedensschritt ganz ergebnislos geblieben sei. Seine Früchte bestehen eben in jener nicht zu übersehenden Erscheinung, daß die Friedensfrage seither nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden ist, und wenn auch die vor dem Tribunal der Völklichkeit geführten einschlägigen Diskussionen gleichzeitige Beweise von der nicht geringen Gegensätzen sind, die die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, die die Erörterungen des Friedensproblems nicht mehr ausschließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Äußerungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens soviel konstatiert werden, daß der Wille zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten bis auf einige gewis nicht gering einzuschätzende Ausnahmen von verbildeten Kriegsbegehren allmählich doch durchzudringen gelangt.

Die k. und k. Regierung ist sich dessen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erschütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges verursacht wurden, die ins Wanken gebrachte Weltordnung nicht mit einem Schlage wieder aufgerichtet werden kann.

Mühsam und langwierig

ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch Haß und Erbitterung getrennten Völkern führt. Doch ist es unsere Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten, und wenn es auch heute noch solche verantwortliche Faktoren gibt, die dem Gegner militärisch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Siegfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute auseinandergehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein.

In diesem Bewußtsein und unentwegt bemüht, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um

eine direkte Aussprache zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen.

Der ernste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten, die unleugbare Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen sowie die allgemeine veröhnlichere Atmosphäre scheinen der k. und k. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblick die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschloffen, allen Kriegsführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen,

in einem freien Gedankenaustausch gemeinsam zu versuchen,

ob jene Voraussetzungen gegeben sind, die die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen.

Zu diesem Behufe hat die k. und k. Regierung die Regierungen aller kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einen Ort des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet. In einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierauf an das dem Frieden zugewendete Interesse und Verbot appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt. Das freies Einvernehmen, das zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Oesterreich-Ungarns, an die der Vorschlag gleicherweise ergeht, die in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Der Wortlaut der Note.

Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 16. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen veröhnlichen Grundgedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfuhr, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Krieges. Zum Unterschied von den ersten 2½ Kriegsjahren hat von diesem Tage an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltdiskussion gestanden und hat sie seitdem in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht. Der Reize nach haben fast alle kriegsführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einseitige und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis haben sie wenigstens bisher nicht geführt. Immerhin kann unabhängig von all diesen Schwankungen festgestellt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz dem unleugbaren Fortbestehen

entschiedener, bisher nicht überbrückbarer Gegenfäße eine teilweise Abkehr von manchen der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Ueber-einstimmung betreffs der allgemeinen Grundprin-zipien des Weltfriedens manifestiert. In beiden Lagern ist

in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens

anzunehmen. Auch ein Vergleich der feinerzeitigen Aufnahme des Friedensvorschlages der Vierbundsmächte bei ihren Gegnern mit den späteren Neuformulierungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren wie auch nicht verantwortlichen, wohl aber politisch keineswegs einflusslosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck. Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Verkleinerung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und tiefgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Festlandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätten, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert und zum Teil fallen gelassen. So erkannte in einer vor etwa einem Jahre im englischen Unter-hause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrück-lich an, daß Oesterreich-Ungarn seine inneren Pro-bleme selbst lösen müsse und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Alliierten gehöre, Oesterreich-Ungarn zu zerteilen, das ottomanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Als sympto-matisch kann auch gelten, daß Mr. Balfour im De-zember 1917 kategorisch die Annahme zurückwies, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den Ruhrgebietlichen Gebieten Deutschlands engagiert. Die Kundgebungen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verteidigungskampf um die Unversehr-heit und Sicherheit ihrer Gebiete führen. Ausgesprochen als auf dem Gebiete der konkreten Kriegs-ziele ist

Die Annäherung der Auffassungen

insichtlich jener Richtlinien gediehen, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll. Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinen Reden vom 12. Februar und vom 14. Juli v. J. Grundsätze formuliert, die bei den Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende An-wendung auch auf Seiten der Vierbundsmächte keinem Einwand begegnen dürften, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen nicht genügt, sondern es sich hier darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden.

Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen kriegsführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verständigung gewaltig verhärtet ist und daß sich immer mehr die Auffassung Bahn bricht, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müsse

Europa in einen Trümmerhaufen

verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestünde, durch sie jene Entscheidung durch die Waffen herbei-zuführen, die von beiden Seiten in den vier Jahren voll ungeheurer Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung angebahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine ernste Aussicht, durch die Fortsetzung der Diskussionen über die Friede-probleme in der bisherigen Art zu einem Ziele zu gelangen? Letztere Frage haben wir nicht den Mut, zu bejahen. Die Diskussion von einer öffent-lichen Tribüne zu führen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefun-den hat, wäre eigentlich nur eine Serie von Monolo-gen. Es fehle ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegenrede greifen nicht ineinander ein. Die Sprecher sprechen aneinander vorbei. Anderer-seits war es die Öffentlichkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortschreitens raubten. Bei allen öffent-lichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Beredsamkeit angewendet, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Dadurch vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung. Sie erzeugen Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden, und erschweren den freimütigen einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, sowie sie stattgefunden hat und noch ehe die zuständige Stelle der Gegenseite darauf erwidern kann, zum Gegenstande einer leidenschaftlichen und übertriebenen Besprechung unverant-wortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlassen die Beförderung der Interessen der Kriegführung durch ungünstige Beein-flussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu ver-raten zum Nachteil hoher Töne und zum harten Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, die die Kata-strophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzuwenden geeignet ist, die

Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die

eine unmittelbare mündliche Erörterung

zwischen den Vertretern der Regierungen ihnen er-möglicht. Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegenläufigen Auffassungen der einzelnen kriegsfüh-renden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Ver-hältnis der Staaten zu einander als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aus-sicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlaufe der Besprechungen ver-suchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden, um damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf Seiten keines der kriegsführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegs-handlungen erfahren keine Unterbrechung. Die Be-sprechungen gingen auch nur so weit, als sie von den Teilnehmern als ausschließlich gehalten würden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen; weit entfernt, zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein. Was das erstemal nicht gelingt, kann wiederholt werden, und kann viel-leicht mündlich schon zur Klärung der Auffassungen beitragen. Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruch bringen, Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegenläufige verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird.

Nach unserer Ueberzeugung sind alle kriegsfüh-renden es

der Menschheit schuldig,

gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt noch so viel Fahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weis, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen. Die I. und II. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegsführenden Staaten vor-schlagen,

zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache

über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkt, worüber man noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauf-tragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekanntzugeben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürften, zu erbitten und zu er-weiten.

Die I. und II. Regierung beehrt sich, die Regierung von ... durch die geeignete Vermittlung Curer Ex-zellen zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von ... bringen zu wollen.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt:

„Der Widerhall, den die gestern bekanntgemachte Note Oesterreich-Ungarns an die Regierungen aller Mächte in der deutschen Presse gefunden hat, ist ein neuer Beweis für die schon so oft bekundete ernste Friedensbereitschaft unseres Volkes. Allenthalben tritt die Tatsache in die Erscheinung, daß der von unseren Bundesgenossen unternommene Schritt in Deutschland nicht nur vollem Verständnis begegnet, sondern auch dem Geiste entspricht, den wir von An-fang an im gemeinsamen Kampfe um die künftige Wohlfahrt der verbündeten Reiche und Völker geführt haben. Wenn sich daneben in so mancherlei Absonnung Zweifel am Erfolge des Vorgehens unserer Bundes-genossen regen, so gründen sich diese auf die Erfahrungen, die wir oder unsere Bundesgenossen bisher in allen Fällen gemacht haben, wo wir bestrebt waren, eine Verständigung anzubahnen und den Europa zer-stückelnden Krieg auf dem Wege der Uebereinkunft beschleunigt zu Ende zu führen. Die Berechtigung jener Zweifel liegt offen zutage. Sie ändern aber, wie sich von selbst versteht, nichts an der Bereitwillig-keit der deutschen Regierung, sich gern und ohne Ver-zug an den Besprechungen zu beteiligen, die etwa nur-mehr infolge der neuen Anregung Oesterreich-Ungarns zustande kommen sollten.“

Bourgeoise und soziale Revolution.

Das sozialistische Rußland, das aus dem Krieg aus-gestiegen ist, weil es weder den Zwecken der einen oder der anderen kämpfenden Mächtegruppe dienlich sein wollte, befindet sich in einer schwierigen Lage. Der Abschluß des Friedens mit den Zentralmächten hat einen Teil der früheren Revolutionäre an die Seite der Gegenrevolution geführt, weil die Erbitterung über den Inhalt dieses Friedens als Erbitterung gegen die Regierung, die diesen Frieden schließen mußte, zum Ausdruck gekommen ist. Während so der Inhalt der deutschen Friedensbedingungen, die die Russen annehmen mußten, zur Schwächung der Stellung der Sowjetregie-rung beigetragen hat, hat die Entente sich Einfluß auf die Gegenrevolutionäre in Rußland verschafft und ihre Diplomaten auf den Sturz der Sowjetregierung hinar-beiten lassen. Mit dieser Rückendeckung hat die Gegen-revolution in Rußland ihr Haupt erhoben. Mit dem Rampmittel des Terrors sucht sie der bolschewistischen Regierung das Haupt abzuschlagen. Die deutsche imperia-listische Presse hat diese Vorgänge bei ihrem Feldzuge gegen die Ententerregierungen weidlich ausgenutzt, so sehr, daß

es beinahe den Eindruck machte, als betrachte sie sich als die Verbündete der bolschewistischen Regierung. Nun aber hat die bolschewistische Regierung auf den Terror der Gegenrevolution ihrerseits mit dem Terror geant-wortet. In diesem Augenblick zeigt sich mit aller Deut-lichkeit, daß einer sozialistischen Regierung gegenüber, die sich mit denselben Mitteln gegen die Unterdrückungs-versuche des Kapitalismus wehrt, die ihr gegenüber an-gewandt werden, die Bourgeoisie aller Länder solida-risch ist.

Die „Germania“, das der Regierung Hertling nahestehende Zentrumsorgan, schreibt nunmehr gegen die Bolschewiki:

„Jedoch was jetzt die Bolschewiki in Rußland treiben, erinnert zu sehr an die Schreckensherrschaft der großen französischen Revolution und die der Kommune, als daß man dazu schweigen könnte. ... Nun aber ist das Maß voll und es ist Zeit, daß man zu dem russischen Terror im Namen der Menschheit und der Menschlichkeit seine Stimme erhebt. Die Sow-jets kämpfen um ihre Existenz, und das ist ihr gutes Recht. Daß sie dabei aber mit brutaler Gewalt alles niedertreten, was ihnen feindlich ist, oder wegen seines Namens und seines Standes, wie z. B. die Adligen, die Geistlichen und die ehemaligen Offiziere des Zaren-reichs als feindlich gelten, daß sie wie die Robespierre und Danton der französischen Revolution in Strömen von Blut ihre Herrschaft zu festigen suchen, das muß den Protest aller rechtlich denkenden Deutschen erregen, das verdient gedrandmarkt zu werden im Namen des Naturrechts und des Christentums.“

Wo war die „Germania“, als der Zarismus in Friedenszeiten fürchterlich wütete unter den freizeithilf-lichen Gefinnungen in Rußland? Wann hat sie jemals ihre Stimme erhoben, wenn im Namen des Kapitalismus blutige Megeleien veranstaltet wurden unter den Ar-beitern, die eine Verbesserung ihrer Lage anstrebten, sei es nun in Amerika, in Italien oder anderswo ge-wesen?

Kulturelle Tätigkeit der russischen Sowjets.

(1. Allrussische Konferenz für Volksaufklärung.)

In diesen Tagen wurde in Moskau die 1. Allrussische Konferenz für Volksaufklärung eröffnet.

Wie aus den Telegrammen ersichtlich, erfreut sich diese Konferenz eines regen Zuspruchs.

Zu Ehren-Präsidenten wurden Lenin, Lunatscharski und Trozky gewählt.

Die Versammlung eröffnete Lunatscharski mit einem Bericht über die Tätigkeit des Kommissariats für Volks-aufklärung. Er führte aus:

„Der Kampf des Volkes für seine Freiheit verläuft nach drei Richtungen. Die Volksherrschaft kann nur dann als gefestigt anerkannt werden, wenn die politische Macht und die Erzeugnisse des Landes in die Hände des Volkes übergegangen sind. Das Volk muß aller-dings auch auf den erforderlichen Bildungsgrad gebracht werden, um die Herrschaft ausüben und die Verwaltung der Volksgüter übernehmen zu können. Nach der Um-wälzung am 25. Oktober haben wir uns genötigt, an eine durchgreifende Schulreform zu gehen. Denn ohne gründliche Bildung kann das Volk seine politische Auf-gabe nicht lösen.“

Als ich zum Kommissar für Volksaufklärung ernannt wurde, fühlte ich in ihrer ganzen Tragweite die schwere Verantwortung, die mir damit auferlegt war. Deshalb wandte ich mich mit der Bitte um Unterstützung an die Lehrerschaft. Ich versprach ihnen freie Initiative in der Reorganisation des Schulwesens, entwarf ihnen aber ein genaues Bild der Reform, wie ich sie mir dachte. Die Antwort darauf war eine verbrecherische Sabotage-Bewegung unter der Lehrerschaft. Zwischen dem Volke und ihren geistigen Führern tat sich eine tiefe Kluft der Feindschaft auf, man wollte sich nicht verstehen.“

Jetzt aber ist, dank unserer Bemühungen, der Schuf-apparat wieder in Gang geraten, die Verbindung mit der Provinz hergestellt, die Lehrerschaft von ihrem falschen Tun überzeugt, sodas an die Schulreform her-angetreten werden kann.

Die neue Schule soll nicht die Jüge der alten tragen, die nur „Arbeitsvieh“ oder „Verwaltungs-beamte“ heranzubildete.

Nach unserer Auffassung müssen die Kinder in der Ueberzeugung aufwachsen, daß die Arbeit zu den höchsten Pflichten eines jeden Menschen zählt. Sie müssen sich von Kindheit an als Mitarbeiter der sozialistischen Ge-sellschaft fühlen, wobei aber die pädagogischen Gesichts-punkte dieser Erziehungsarbeit zu berücksichtigen sind.

Was die Wissenschaft in der Reformschule anbetrifft, so muß vor allem das Studium der Kulturgeschichte betrieben werden, denn es gibt keine Wissenschaft, die nicht ein Zweig der Kulturgeschichte ist.

Auch die ästhetische Erziehung wird eine große Rolle spielen. Wir verstehen unter ästhetischer Erziehung die Entwicklung des jedem Menschen innewohnenden Schön-heitssinnes.

Auch die Reform der Hochschule wird jetzt, nachdem wir uns auf einer Konferenz mit den Professoren ge-einigt haben, durchgeführt werden können.

Die Plenarsitzung der 1. Allrussischen Konferenz für Volksaufklärung brachte Frau Lenin-Miljanoff eine leb-hafte Oration dar

Chrenpräsident der Versammlung Lunatscharoff hielt eine kurze Ansprache, in der er hervorhob, daß Lenin einen Ehrenplatz im Kommissariat der Volksaufklärung einnehme.

Darauf hielt einer der besten Freunde des verstorbenen L. Tolstoi, der Redakteur des Journals „Swoboda Wospitanija“ (Freie Erziehung) die Begrüßungsrede.

Maxim Gorki und das Volkskommissariat für Volksbildung.

Der Volkskommissar für Volksbildung Lunatscharoff hat vor seiner Abreise aus Petrograd mit Gorki einen Vertrag abgeschlossen.

Maxim Gorki organisiert beim Kommissariat für Volksbildung einen „Verlag für Belletratur“, der 200 Bände der übersehten Literaturauslese des 18. und 19. Jahrhunderts umfassen soll. Außerdem werden circa 2000 künstlerisch illustrierte Kleinwerke verlegt, die Erzählungen über das Leben verschiedener Völker Europas enthalten sollen.

Die Redaktion (Auswahl, Kommentierung usw.) übernimmt Gorki als allein verantwortlicher Redakteur.

Während der Unterhaltung mit dem Volkskommissar sagte Gorki, daß die Intelligenz auf die Führer der Sowjetrepublik ihn zwingen, sich den Führern zu nähern. Gorki machte auch einen Vorschlag, unter seiner und Lunatscharoffs Leitung eine Informationszeitung zu gründen, um das russische und ausländische Publikum mit den Resultaten der wachsenden Kulturarbeit der Sowjets vertraut zu machen.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Der Verband der Gemeindef- und Staatsarbeiter. Auf unsere Notiz in Nr. 23 des Mitteilungsblattes sendet uns die Ortsverwaltung der Organisation ein Schreiben, in dem sie behauptet, unsere Darstellung gebe ein vollkommen falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Wir hätten bei unserm Zitat aus dem Jahresbericht ein Wort sorglos gelassen, wodurch irrtümliche Voraussetzungen und irrtümliche Schlüßfolgerungen erweckt werden. Doch lassen wir die Ortsverwaltung selber sprechen. Sie schreibt:

„Wir haben in unserem Jahresbericht Seite 39 in Anknüpfung an die Einzeichnung unseres Tarifvertrages an die Stadtverordneten geschrieben:

„Wir hoffen, auch die Unterstützung der Arbeitervertreter in den Stadtparlamenten bei unseren Bestrebungen zu finden, denen wir von unserem Vorgehen Kenntnis gegeben haben. Ersterlicherweise hat sich die „alte sozialdemokratische Fraktion“ in Berlin bereits zustimmend geäußert.“

Aus dem Wortlaut und dem Sinne dieses Satzes geht unzweifelhaft hervor, daß wir uns an beide sozialdemokratische Fraktionen gewendet, da wir beide Fraktionen als Arbeitervertreter betrachten, und von der einen (in diesem Falle der alten sozialdemokratischen Fraktion) auch bereits Antwort erhalten haben. Daß wir von der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion bisher eine Antwort nicht erhalten haben, ist nicht unsere Schuld, wir haben es aber auch nicht gerade tragisch genommen; stattdessen wir glauben, daß sie auch ohne Antwortteilung für unsere, im Interesse der Arbeiter liegenden Anträge eintritt. Wir stellen aber zum Ueberflus nochmals ausdrücklich fest, daß die Uebermittlung unseres Antrages am 12. Januar d. Js. an die beiden Vorstehenden der soz. Fraktionen, die Genossen Heimann und Beul, gleichzeitig durch die Post erfolgte. Aus einer später gepflanzten kurzen persönlichen Unterhaltung mit dem Genossen Beul entnehmen wir, daß er auch in den Besitz des Antrages gelangt ist.

Der Verfasser des Artikels kann übrigens unmöglich aus dem Kreise der unabhängigen sozialdemokratischen Stadtverordneten stammen. Jeder einzelne der in Frage kommenden Stadtverordneten wird uns befähigen müssen, daß wir jederzeit jede gewünschte Auskunft und Material über Arbeiterfragen erziele und umgekehrt solche von ihnen erwünscht und erhalten haben. Insbesondere erziele und erhält der Genosse Varenthin alles einschlägige Material über allgemeine Arbeiterfragen zugesandt, seitdem er uns als Sekretär der Fraktion und zur Entgegennahme entsprechenden Materials beigestellt worden ist. Wir müssen diesen Artikel zum mindesten als eine grob-fahrlässige Entstellung des tatsächlichen Sachverhalts und als eine Schädigung der Organisationsinteressen der städtischen Arbeiter bezeichnen. Wir haben nicht das Geringste dagegen einzuwenden, wenn städtische Arbeiter nun zum Genossen Beul oder zu anderen Genossen gehen, um dort ihre Beschwerden vorzutragen. Im Gegenteil! Je mehr hingehen, um so besser! Die Arbeit unserer Organisation wird auch der Genosse Beul nicht erschweren oder gar überflüssig machen können.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Fröh Müntner.“

Wir haben die Zuschrift wiedergegeben zum Beweis dafür, welche Verrentungen die Verwaltung machen muß, um sich zu rechtfertigen. Sie klammert sich an das Wort „bereits“ und will beweisen, daß es doch einen andern Sinn gebe, wenn das irrtümlich ausgelassene Wortchen wiedergegeben worden wäre. Wir stellen demgegenüber folgendes fest: Es ist unwar, daß an den Vorstehenden der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion Dr. Beul ein Schreiben gelangt ist, wie dies Müntner behauptet. Es ist auch unwar, wenn Müntner behauptet, daß Genosse Dr. Beul in einer persönlichen Unterhaltung gesagt haben soll, er, Beul, habe ein solches Schreiben erhalten. Wie auf Befragen uns Genosse Beul mitteilt, ist ihm das gar nicht eingefallen, er konnte das auch gar nicht sagen, da er eben ein Schreiben, wie das von Müntner behauptet,

gar nicht erhalten hat. Wir haben also vollkommen wahrheitsgemäß berichtet und die Notiz im Jahresbericht so ausgelegt, wie sie ausgelegt werden mußte. In andern Falle bliebe höchstens nur noch übrig, anzunehmen, daß man durch die Bemerkung im Jahresbericht unserer Fraktion etwas auswischen wollte, sonst wäre dieselbe unverständlich oder mindestens sehr leichtfertig. An dieser Tatsache wird auch nicht das Geringste geändert durch den Hinweis, daß neuerdings die Ortsverwaltung dem Genossen Varenthin das nötige Material übermittelt. Nur deshalb, weil nach der Fassung des Jahresberichts angenommen werden mußte, daß die Arbeiter nur in der alten sozialdemokratischen Fraktion die einzigen Arbeitervertreter zu erklären haben, nur deswegen mußten wir an die städtischen Arbeiter die Aufforderung richten, selbst Material an den Vorstehenden unserer Rathausfraktion zu übermitteln.

Nach alledem kennzeichnet sich die Behauptung „von der grobfahrlässigen Entstellung des tatsächlichen Sachverhalts“ und „von der Schädigung der Organisationsinteressen der städtischen Arbeiter“ als eine haßnützliche Unverschämtheit des Verfassers der Zuschrift.

Wer allerdings in dieser Weise Arbeiterinteressen vertritt, darf sich nicht wundern, wenn die eigenen Mitglieder an ihm irre werden.

Die Lebensmittelverteilung und die Angestellten. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Reichsanwalt eine Eingabe gerichtet, in der er sich darüber beklagt, daß die kaufmännischen Angestellten bei der Lebensmittelverteilung gegenüber anderen Bevölkerungsklassen benachteiligt werden. Er hebt darin hervor, daß die Bevölkerung bei der Lebensmittelverteilung nach folgenden vier Gruppen unterschieden werde: 1. die Selbstversorger, 2. die Bevölkerung, welche eine Brotzettelkarte empfängt und durch die Behörden unter Vermittlung der Arbeitsbetriebe besondere Lebensmittelzuwendungen erhält, 3. diejenige Bevölkerung, welche eine Brotzettelkarte bekommt, 4. die Bevölkerungsschichten, denen die unter 2 und 3 genannten Zuwendungen nicht zuteil werden. Die kaufmännischen Angestellten sind von den Behörden in die Gruppe 4 eingereiht worden. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen wünscht, es möge eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel hergestellt werden, daß die Angestellten unter Berücksichtigung ihrer ungenügenden Einkommensverhältnisse sowohl die Brotzettelkarte als auch die besonderen Lebensmittelzuwendungen durch die Betriebe erhalten, denn sie seien viel weniger als andere Bevölkerungsklassen in der Lage, sich rationierte Lebensmittel zu beschaffen.

Von Arbeitern des Kriegsbekleidungsamts wird uns geschrieben: Eine am 22. April im Gewerkschaftshaus abgehaltene Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Kriegsbekleidungsamts und der Instandsetzungsämter beschloß, eine Lohnerhöhung von 50 Prozent herbeizuführen, da die Löhne nicht zeitgemäß und vollkommen unzureichend sind. Inzwischen ist die Forderung der Arbeiter und Arbeiterinnen abgelehnt worden.

Im Juli nahm die Arbeiterschaft abermals zu dem ablehnenden Bescheid Stellung in einer überfüllten Versammlung im Gewerkschaftshaus und beschloß, die Sache dem Kriegsausschuß zu überweisen.

Am 11. September fand eine Sitzung über die Lohnfrage vor dem Kriegsausschuß statt.

Nach langem Hin und Her wurde die Zuständigkeit des Schneiderberufs festgestellt. Seit dem Kriege besteht eine Schlichtungskommission des Gewerbegerichts für Rüststofflieferungsarbeiten. Da auf den Kriegsbekleidungsämtern verschiedene Berufsarten tätig sind, wie Schuhmacher, Transportarbeiter und ungelernete Arbeiter. Es wurden von den Vertretern der Arbeiter Einwendungen erhoben, die andern Kategorien von den Berufsarbeitern zu trennen. Der Gewerkschaftsvertreter widersprach dem, beantragte, mit den übrigen Arbeitern gemeinsam zu verhandeln, da die ganze Sache sonst nur verschleppt werde. Diesem Antrage glaubten die Vertreter der Arbeiter nicht stattgeben zu können, da sie keine Vollmacht hätten. Am höheren Orts Bescheid einzuholen, wurde die Sitzung vertagt. Wie lange soll denn das Hin und Her noch dauern und wie lange sollen die Arbeiter noch warten, ehe sie einen höheren Lohn erzielen?

Vertreter der Gewerkschaften haben den Reichsanwalt beauftragt und ihm in der Ernährungsfrage Vorstellungen erhoben. Unter Führung des Vorstehenden der Generalkommission Legien begaben sich fünf Gewerkschaftsvorstände zum Kanzler und erklärten: Die Entsendung der Delegation beweise, daß die deutsche Arbeiterschaft noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen fast mutlos geworden sei.

Von Stufe zu Stufe sinkt wirtschaftlich das Volk. Die Ernährungsfrage sei auf einem Tiefpunkt angekommen. Der Schleichhandel müsse unterbunden werden. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen bezorgnis-erregend ab. Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da doch die Reichen auch nicht hungerten. Aufhebung der fleischlosen Wochen und mehr Kartoffeln sei zu verlangen. Gänzlich unverständlich sei die verrückte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleidung. Hier herrsche der unverschämteste Wucher, hier seien die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führten.

Um die Unterernährung zu paralisieren, müßte die Arbeitszeit eingeschränkt werden.

Zu den wirtschaftlichen Nöten käme die unsichere schwankende Politik im Innern, die unschlüssige Haltung in der Wahlrechtsfrage; Maßnahmen von Generalkommandos auf dem Gebiete der Zensur und des Belagerungszustandes lasteten schwer auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Schließlich forderte der Sprecher eine klare und entschiedene Absage an die Alldutschen und die Anexionspolitiker.

Der Reichsanwalt Hertling erklärte, daß die politische Reichsleitung mit der obersten Exekution voll-

kommen einig sei in dem Bestreben eines Verständigungsfriedens und einmütig Segner jeder Eroberung. In Sachen des preussischen Wahlrechts siehe er fest. Erfolge keine Verständigung, erfolge die Auflösung. Dann nahmen der Reihe nach das Wort die Herren Staatssekretär Balkraf, von Waldow, von Stein und Oberst Braun vom Kriegsamt. Sie alle machten schöne Worte ohne irgend welche bestimmte Angaben, so daß Herr Legien am Schluß erklärte, daß bei den hoffnungslosen Ausblicken über die Ernährungsfrage die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen sei. Dann schloß der Kanzler die Zusammenkunft mit freundlichen Abschiedsworten. Die Deputation war nach der Konferenz genau so geschwiegen wie vorher. Es bleibt, wie es war: Worte, nichts als Worte! Um die zu hören, konnten die Vorstände sich den Weg sparen. Sie sollten lieber eine andere Politik verfolgen, das läge mehr im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, als sich so zu blamieren.

Arbeitszeitverkürzung und Teuerungszulagen verlangten die in der Reichsdruckerei beschäftigten Arbeiter in einer stark besuchten Versammlung. Die Arbeiter seien am Ende ihrer Kraft, wurde begründend dargestellt.

Die Militärsekkretäre haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten mit der Forderung, daß die Akkordlöhne um 25 Prozent und die Stundenlöhne um 20 Prozent erhöht werden. Der Stundenlohn einschließlich Kriegs- und Teuerungszulage soll also für die Gürtler 1,70 Mk. und für die Arbeiterinnen 85 Pf. betragen. Die Forderungen sollen in den einzelnen Betrieben gestellt werden. Im Falle der Ablehnung sollen alle Möglichkeiten, die Forderung durchzusetzen erschöpft werden.

Groß-Berliner Chronik.

Die Engbergigkeit des Berliner Magistrats den Angestellten und Arbeitern gegenüber tritt wieder einmal in heftiger Betonung anlässlich der einmaligen Teuerungszulage, welche den Beamten und auch den Arbeitern und Hilfskräften gewährt werden soll. Der Magistrat muß die einmalige Teuerungszulage geben, weil der Staat ihm vorangegangen ist. Während aber der Staat die einmalige Zulage allen denen zukommen ließ, die sechs Monate im Dienst und Beschäftigung standen, wie den Angestellten der Post und der Eisenbahn, will der Berliner Magistrat ein volles Jahr als Voraussetzung der Gewährung der einmaligen Zulage hinstellen. Alle die Leute, die in Beschäftigung bei der Stadt getreten sind, aber keine volle 12 Monate in Arbeit stehen, sind von der Zulassung ausgeschlossen. Und das in einer Zeit, in der die Teuerung den höchsten Stand erreicht: Ganz Berliner Magistrat! Es steht zu hoffen, daß die Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion eine kürzere Karenzzeit durchsetzen werden.

Gegen die Rennwetterei will die Freie Fraktion der Stadtverordnetenversammlung dem Berliner Magistrat stark machen. Die genannten Stadtverordneten haben an den Magistrat folgenden Antrag gerichtet: „Ist dem Magistrat das Bestehen von Wettbüros für die Pferderennen bekannt und welche Maßnahmen gedenkt er gegen die Mißstände zu unternehmen, die dadurch entstehen?“ Wir zweifeln nicht daran, daß der Stadtverordnetenvorsteher diesen Antrag eher und lieber als die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung setzen wird als den Forderungsentwurf der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion; politisch wird er ihn hoffentlich nicht annehmen. — Die Anfrage verlangt vom Magistrat etwas Unmögliches. Welche Maßnahmen soll er gegenüber Wettrennen unternehmen, wenn die Wettrennen eine vom Staat unterstützte Einrichtung ist und wenn der Totalfaktor als öffentliches Wettbüro mit „gutem Spiel“ vorangeht und der Staat aus den Umsätzen noch Vorteil zieht?

Man kann nicht gut von Staatswegen die Rennen und die Rennwetter fördern und hinterher der Wettrennen heimlich blühenden Wetterei, die nur eine Folgeerscheinung des Rennbetriebes ist, den Garaus machen. Über dieses Herumdoziern an Folgeerscheinungen ist heute Trumpf.

Eine Stadtverordneten-Ershawahl muß in der 8. Abteilung des 48. Kommunalwahlbezirks stattfinden. Der bisherige Mandatsinhaber Hotelbesitzer Leis ist verstorben. Leis gehörte zu den Freisinnigen. Bei der Stadtverordnetenwahl vor 3 Jahren erklärten die Freisinnigen, in keinem Bezirk Kandidaten aufstellen zu wollen, wenn ihnen das eine Mandat, das sie bisher besaßen, überlassen würde. Da dann aber ein Wahlkampf überhaupt nicht möglich war, gingen unsere Genossen auf diesen Vorschlag ein. Bei der bevorstehenden Ershawahl werden unsere Genossen sich an der Wahl mit einem eigenen Kandidaten beteiligen. Der Wahlbezirk liegt am Ende der Müllerstraße im Norden Berlins und ist ein ausgesprochen proletarischer Bezirk. Auch die Abhängigen wollen in die Wahl eintreten.

Die politische Abteilung des Königl. Polizeipräsidiums trug bisher die Bezeichnung Abteilung VII. Seit einiger Zeit hat eine Umnomerierung stattgefunden dahin, daß diese Abteilung heute Abteilung V heißt.

Aus der Zeit.

Zahr (Baden). Von der vielgerühmten Aufbesserung der Arbeitslöhne ist in der Stadt Zahr bei den Frau- und Waisenfrauen noch nichts bekannt. Wie zu Friedenszeiten werden diese Arbeiterinnen noch mit 2 Mark Tagelohn heimgeschickt, wobei vielfach noch die Verköstigung wegfällt. Diese Arbeiter-

An unsere Leser!

Der Verlag des Mitteilungsblattes sieht sich genötigt, den Preis für die Einzelnummer von **10 auf 15 Pfennige** vom 1. Oktober ab zu erhöhen.

Die Gründe für diese Preiserhöhung liegen klar zu Tage: Die Erhöhung der Preise für Druck und für alle zur Zeitungsherstellung benötigten Materialien sind in einer Weise gestiegen, daß es unmöglich wird, den bisherigen Bezugspreis beizubehalten. Vom 1. August ist der Druckpreis um 25 Prozent erhöht, wozu vom 1. Dezember eine weitere Erhöhung von 15 Prozent hinzukommt. Eine neue Papierpreiserhöhung steht bevor. Wir sind nicht in der Lage, wie viele andere Zeitungen, aus Inserateneinnahmen uns zum Teil schadlos zu halten; wir sind lediglich auf den Abonnementspreis angewiesen. Dazu kommt: Die großen Tageszeitungen erhalten für jeden Doppelzentner Papier, den sie verbrauchen, zu dem gesteigerten Papierpreis einen Reichszuschuß von 16 Mark. Wochen- und Monatsblätter sind von diesem Reichszuschuß ausgenommen. Wir sind also auf uns allein angewiesen. Mittel, um dauernde Zuschüsse zu leisten, stehen uns nicht zur Verfügung.

Wir sind sicher, daß unsere Leser und Parteigenossen diese Gründe würdigen und mit aller Kraft für die weitere Verbreitung unseres und ihres eigenen Blattes wirken werden. Wir glauben auch, daß es nur dieses Hinweises bedarf, daß unsere Freunde uns auch fernerhin die Treue bewahren werden, die sie in dieser schweren Zeit uns und ihrer Sache bisher bewiesen haben. Auf unsere Funktionäre, die bisher in so opferfreudiger Weise die Verbreitung unseres Blattes bewirkt haben, rechnen wir auch in Zukunft.

Das Postabonnement

beträgt für das Vierteljahr 2,10 Mk. einschließlich Bestellgeld. Die Abonnenten, die ihr Blatt durch die Post beziehen, wollen umgehend ihre Bestellung bei ihrem zuständigen Postamt erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Für die Kreuzbandabonnenten kostet das Blatt vom 1. Oktober ab wegen der von diesem Zeitpunkt ab in Kraft tretenden höheren Portosätze pro Vierteljahr 2,70 Mk.

Das Feldpostabonnement ist auf 1,50 Mk. für das Vierteljahr festgesetzt. Der Betrag muß vorher an den Kassierer Herbst, Schielerstr. 5, eingekandt werden.

Redaktion u. Verlag des „Mitteilungsblatt“
Schielerstraße 5.

Die Unschuldslämmer.

II.

In der „Post“ vom 28. Januar 1912 schrieb Medizinalrat Dr. B. Fuchs: „Welche Männer ragen denn am höchsten in der Geschichte der Nation, wen umfängt der Herzschlag der Deutschen mit heftigster Liebe? Etwas Goethe, Schiller, Wagner, Marx? Nein, sondern Barbarossa, den großen Friedrich, Blücher, Moltke, Bismarck, die harten Blutmenschen! Sie, die Tausende von Leben hinopfernden, sie sind es, welchen aus der Seele des Volkes das reichste Gefühl, eine wahrhaft anbetende Dankbarkeit entgegenströmt. Weil sie actan haben, was wir jetzt tun sollten. Weil sie so tapfer, so verantwortungsfreudig waren wie sonst keiner. Nun, muß aber die bürgerliche Moral alle jene Großen verdammen; denn der bürgerliche Volksgenosse hütet nichts angflicher als seine bürgerliche Moral — und trotzdem huldigen seine heiligsten Schauer den Taten der Bluttat“. Die deutsche Defensivethik ist selbstmörderisch. Der Friede bedeutet nicht nur die Schande, sondern das Ende. Auch das wissen gar viele, empfinden vielleicht alle. Und dennoch! Und dennoch! Dieses deutsche Leid, es ist ererbt; aber verschärft haben den Defekt der deutsche Viedersinn, der deutsche Reichthum, das deutsche Fett. Wie wenig friedlicheren Traditionen und Lebensformen da mitwirkt, läßt sich schwer beurteilen. Die Stoßkraft des Norddeutschen Bundes war seinerzeit gewißlich gut. Freilich, der Norddeutsche Bund war Bismarck oder wenigstens die Stoßkraft des Norddeutschen Bundes war Bismarck (der junge, der alte hat sich durch Pazifismus schwer versündigt).

Die Redaktion der „Post“ bemerkte hierzu unter anderem noch folgendes: „Wenn wir, ganz allgemein gesprochen, den Krieg und damit die größte nationale Kräftepannung, deren ein Volk fähig ist, als im Interesse unseres Volkes liegend

erachten, so geschieht es lediglich aus dem Gedanken heraus, daß es das einzige Mittel ist, das uns heute noch als Nation vor unserer rettungslos harrenden physischen und psychischen Erschlaffung und Entnerbung retten kann. Das es ferner das einzige Mittel ist, welches dem Volke die Möglichkeit gibt, sich auf sich selbst, auf seinen unerlöschlichen nationalen Idealismus und auf seine nationale Kraft und Eigenart zu besinnen.“

Dasselbe Blatt schrieb am 21. April 1913: „Mit vollem Recht hat neulich ein deutsches Blatt die Franzosen als die unantwändigste Nation Europas bezeichnet und es gibt in der Tat in ganz Europa kein halbwegs zivilisiertes Volk, das eine so niedrige, heimtückische, minderwertige und feige Gesinnung besitzt wie das französische in seiner Gesamtheit.“ „Gewiß: Frankreich hat zweifellos Zeiten politischer Größe gehabt; aber es hat sie gehabt und ist inzwischen zu einem solchen Tiefstand aller der Tugenden herabgesunken, die ein starkes stolzes Volk auszeichnen, daß es heute vom kriegerischen Standpunkte aus nur noch als ein höchst zweifelhaftes Vergnügen gelten kann, sich mit einem solchen Volke einmal schlagen zu müssen.“

Ferner findet sich in einem Artikel der „Post“ vom 25. April 1913 über die große deutsche Wehrvorlage, die dem Ausbruch des Weltkrieges voranging, unter anderem die Aeußerung: „Es ist daher durchaus verfehlt, wenn man unsere Heeresverfesterung immer und immer wieder als Versicherungssprämie gegen den Krieg bezeichnet; wenn man immer und immer wieder betont, daß die Erhaltung des Friedens die wesentlichste Aufgabe des Staates sei, die zu erfüllen kein Opfer als zu groß betrachtet werden dürfe; denn das ist nicht wahr und nur geeignet, den Sinn des Volkes mit falschen und schwächlichen Vorstellungen zu vergiften.“

In den Berliner „Neuesten Nachrichten“ vom 24. Dezember 1912 hieß es unter anderem: „Unter diesem vielversprechenden Titel ist von Doktor Schmidt-Gibichensfeld, dem bekannten Herausgeber der „Politischen-anthropologischen Revue“, eine Druckschrift erschienen, deren möglichst weite Verbreitung im Interesse der Bekämpfung des leider auch bei uns schon verbreiteten Pazifismus und der Hebung des kriegerischen Geistes unseres Volkes auf das lebhafteste zu wünschen ist. Es ist hier mit seltener Lidenlosigkeit und Schlichtheit der Beweis geführt, daß der Krieg nicht nur ein Faktor, sondern Hauptfaktor, nicht bloß der Schöpfer, auch der Erhalter wahrer, echter Kultur ist, daß ohne ihn eine geordnete Gesellschaft, ein kraftvoller Staat weder entstehen, noch auf lange Dauer erhalten bleiben kann.“ „Wirklicher Krieg und wirklicher Frieden in gesunder Abwechslung und Zeitdauer gelten dem Verfasser als die unentbehrlichen Vorbedingungen für die Entstehung und Erhaltung alles Guten, Schönen, Großen, Erhabenen sowohl in der Natur wie in der wahren echten Kultur.“

Auch die „Tägliche Rundschau“ zitiert aus demselben Aufsatz von Dr. Schmidt zustimmend unter anderem: „Anfangs der Ueberkultur einerseits und der Charabdis der Ueberzivilisation andererseits müßte es jeder wahre Humanist, jeder, der es mit der Menschheit gut meint, mit Freunden begrüßen, wenn es in der Welt etwas gäbe, was die Menschen und Völker vorwärts treibt, sie also vor dem Verfall in Trägheit und Faulnis bewahrt, zugleich aber mit wahren Argusaugen darüber wacht, daß die Völker bei diesem Fortschritt in keiner für ihre Gesundheit und dauernde Lebensfähigkeit irgendwie wesentlichen Hinsicht zurückkommen, daß ihre Entwicklung in keiner gefährlichen Richtung entarte, weder abwärts in Sumpfe noch seitwärts in Sackgassen gerät. Gäbe es etwas derartiges: der wahre Menschenfreund müßte es erfinden und, losse es, was es wolle, in den Dienst der Menschheit stellen. Nun gibt es aber — man denke — in der Tat etwas derartiges: hat es gegeben, solange die Welt besteht, solange die Menschen und Völker in der Natur wie in der Kultur bestanden haben. Nur, wenn die Menschen und Völker müde, matt und krank wurden, war es zeitweilig verschwunden gewesen, weil man gemeint hatte, es ginge auch so und sogar noch besser. Dieses bestimmte Etwas ist nichts anderes als der Krieg und die ständige Bereitschaft dazu. Wehe dem Volke, das in dieser Hinsicht nicht auf der Höhe der Zeit steht; wehe der ganzen Menschheit, wenn sie jemals glaubte, diesen ihren größten Wohlthäter, diesen einzig zuverlässigen Wächter und Prüfer der allseitigen Tüchtigkeit eines einzelnen und eines ganzen Volkes entbehren zu können!“ — „Soll die Götterdämmerung, die über der europäischen Rasse und Kultur nun schon so lange liegt, endlich weichen und dem Morgenlicht Platz machen, so dürfen namentlich wir Germanen in dem Kriege nicht mehr unseren Verderber sehen — die Feinde unserer Rasse haben uns das so lange vorgebetet, bis wir es fast glaubten — sondern wir müssen in ihm endlich wieder den Heilbringer, den Arzt erkennen, der zwar nicht allein uns von allen Uebeln des Leibes und der Seele erlösen kann, ohne den es aber absolut unmöglich ist.“

Am 14. März 1913 heißt es in der „Tägl. Rundschau“: „Vor allem ist jener Grundgedanke verlehrt, die Zukunft werde nur wirtschaftliche (und dabei aus falscher Rechnung begonnene) Kriege sehen.

Wie gegenwärtig der Balkan einen Massenkampf erlebt, so ist jeder deutsche Krieg der Zukunft ein Massenkrieg, ein Kampf um rassistisch-völkische Macht und Selbstständigkeit, um Boden für slawische oder germanische Siedlung. Deutschland wird von sich aus einen solchen Krieg freilich erst führen, wenn die Besiedlung im eigenen Lande zum Abschluß gelangt ist. Ebenso ist bei einem neuen Siege über Frankreich schon aus strategischen Gründen die Hinzunahme einiger Landstriche sicher; ebenso läßt sich voraussagen, daß Frankreich das Auslaufen und die Aufnahme aller Bewohner dieser Landstriche auferlegt werden, die nicht auf Grund ihrer geschichtlich-deutschen Abstammung deutsche Bürger werden wollen. Nicht in der Beherrschung oder Ausbeutung der Nachbarn, sondern in der Besiedlung möglichst großer, geschlossener Gebiete liegt die Zukunft der Völker, wie ihre bisheriger Bestand darauf beruht hat... Tatsächlich ist der Kampf zwischen den Schichten desselben Volkes nichts anderes als Fieber und Zersetzung des Organismus, während der Kampf nach außen die innere organische Geschlossenheit mehrt und neue Kraft erzeugt. Kein Volk hat die Möglichkeit, den Kampf oder mindestens die Kampfbereitschaft nach außen aufzugeben und zugleich den inneren Frieden zu bewahren. Der sogenannte Weltfrieden ist nicht Ordnung, sondern Chaos. Er bedeutet zunächst eine Gewalttherrschaft der Geldmächte und des Proletariats gegen die produktiven Kräfte der Völker und schließlich im Kampfe aller gegen alle, die Rückkehr jener vorgeschichtlichen Zustände, von denen gerade nach Meinung unserer „Weltbürger“ alle Kultur ihren Ausgang genommen hat...“

Und am 8. Mai 1913 sagt dasselbe Blatt: „Herzergügend wie eine frühe Wille in schwüler Atmosphäre wirken in dieser Zeit des Imperialismus die mannhaften Worte, die der Kronprinz in seinem neuen Buch „Deutschland in Bosnien“ spricht. Ergügend freilich nur für ein deutsches, mannbildes Herz, das neubelebt eine bessere Zeit aussieht, denn wie der Kronprinz denkt die nationale deutsche Jugend, Gott sei Dank! Eine bessere, den alten Idealen wieder zugewendete Zeit, sie naht, nach einem Vierteljahrhundert „blühigen Geldverwerbes“, der sie zurückbränge.“ „Davon mag natürlich das Judentum nichts wissen, seine Presse schreit Zeter und Mordio. Wir aber sagen mit dem Kronprinzen: „Zum ungehörigen Geldverdienend braucht man Frieden, Frieden um jeden Preis. Und doch lehrt uns das Studium der Geschichte, daß noch immer alle diejenigen Staaten, bei denen rein kaufmännische Interessen in Entscheidungshunden den Ausschlag gaben, elend zugrunde gegangen sind.“ Wenn der Einfluß der Handelskreise für die Politik maßgebend wird, so ist dies keineswegs „erfreulich“, sondern äußerst bedenklich, weil einerseits großkapitalistische Interessen nur zu sehr geneigt sind, die Staatsmacht zu mißbrauchen, und andererseits der Einfluß der Handelskreise der Politik ein schwächliches, suchtjames, selbst feminines Gepräge gibt. Der mittels unsichtbarer Fäden so fest mit den Staatsgewalten vieler Länder verknüpfte Großkapitalismus ist in seiner modernen Entartung eine Macht geworden, die den verderblichsten Einfluß auf die Geschicke der Völker auszuüben vermag. Wo es ihm nicht, tritt er kriegerisch auf... Aber, wo es ihm will, meist der Fall, besser paßt, da pflegt der Großkapitalismus das andere Extrem, eine entnervende Friedfertigkeit. So zuletzt, das heißt seit vielen Jahren, in Deutschland.“

Die Politik der Gewerkschaftsführer.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Herr Karl Legien, hat am 10. September 1918 vor der Gewerkschaftsbeamtenkonferenz eine Rede gehalten, in der er infolge der gegenwärtigen politischen Situation von „einem Frieden der Verständigung ohne Annexionen und Kriegsschadigungen“ sprach. Angeblich um dieses Ziel zu fördern, ist die Generalkommission der Gewerkschaften im November 1917 dem Volksbund für Freiheit und Vaterland beigetreten, an dem auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung beteiligt ist. In demselben Monat November 1917 hat nun einer der christlich-nationalen Arbeiterführer, nämlich der Reichstagsabgeordnete Behrens, in Dresden einen im Jahre 1918 auch im Druck erschienenen Vortrag gehalten, in dem er ausgeführt hat:

„Der Reichstagsabgeordnete Scheidemann ist oft herungereift und hat über die Friedensziele gesprochen. Er hat aber nicht das Recht, für alle Arbeiter zu sprechen. Wir christlich-nationalen Arbeiter sind wesentlich anderer Meinung über Frieden und Friedensschluß als der Abgeordnete Scheidemann, wir sind der Mei-

nung, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, und wir verteidigen nicht nur die Grenzen unseres Vaterlandes, sondern die deutsche Zukunft. (Beifall.) Und wenn wir nach dem Scheidemannschen Rezept, wie es der sozialdemokratische Parteivorstand in seiner letzten Erklärung ausgesprochen hat, keinen Landzuwachs haben wollen, ja, hat denn nicht der jetzige Krieg besonders uns Arbeiter gelehrt, daß wir nicht genug Land haben im Falle der Abschließung, um uns genügend ernähren zu können? Wir müssen jetzt zu den kleinsten Nationen übergehen, und da sollen wir in einem künftigen Kriege dieselbe Gefahr laufen? Und wenn, was wir alle wünschen müssen, unser Volkszuwachs zunimmt, so würde ein Krieg in nicht fernher Zeit geradezu unmöglich sein und uns an den Rand des Hungertodes bringen, wenn wir nicht Landzuwachs haben, wenn wir nicht mehr Nahrungsmittel erbaufen können. Darum richtet sich eine solche Erklärung, wie sie die sozialdemokratische Bewegung losgelassen hat, geradezu gegen die Zukunft der deutschen Arbeiter. Das kann eine Arbeiterbewegung nicht verteidigen, und wir christlich-nationalen Arbeiter lehnen eine solche Stellungnahme ab. Ebenso ist es mit der Kriegsenttäuschung. Es ist nicht unsere Sache, aber wenn sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung annimmt, dazu Stellung zu nehmen, und den Feinden anbietet, sie wollten einen Frieden abschließen ohne Entschädigung, so sage ich, das halte ich im Interesse der deutschen Arbeiter für einen verlorenen Krieg."

Wenn es der Generalkommission mit ihrem angeblichen „Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsenttäuschung ernst gewesen wäre, hätte sie gegenüber Herrn Behrens und seinen Anhängern einen dicken Strich ziehen müssen. Aber ebenso wie die Scheidemannsche eheleiche Politik treiben, so trat die Generalkommission dem Volksbund für Freiheit und Vaterland bei. Vorher hatte sie bei den einzelnen Vorständen der freien Gewerkschaften eine Umfrage veranstaltet, wobei sich sechs Vorstände gegen den Volksbund erklärten.

In der Gewerkschaftsbeamtenkonferenz vom 22. November 1917 sagte dazu Herr Bauer, der stellvertretende Vorsitzende der Generalkommission: „Sechs Organisationen waren dagegen, darunter die meisten deshalb, weil sie befürchteten, vom Standpunkt der politischen Neutralität abzukommen. Wir wollen wohl politisch neutral sein, während des Krieges aber haben wir bei Fragen von eminent politischer Bedeutung fortgesetzt mitwirken müssen, wozu uns die Regierung aufgefordert und herangezogen hat.“ In der Diskussion wies zunächst Brunner (Eisenbahnverband) darauf hin, daß sich an der Gründung des Volksbundes auch ein Konkurrenzverband von ihm, der Verband der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, beteiligte, obwohl dieser gleichzeitig die im Sinne der Vaterlandspartei handelnde „Ausfunksstelle der vereinigten Verbände“ unterstützte. Brunner fügte hinzu: „Es dürfte nicht angängig sein, daß eine Organisation sich an beiden entgegengesetzten Bestrebungen beteilige.“ In Wahrheit gehören eine ganze Anzahl Organisationen, die dem Volksbund angeschlossen sind, auch der „Ausfunksstelle der vereinigten Verbände“ an, sogar die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich erst kürzlich von dieser getrennt. Brunner tat so, als wisse er nicht, daß die freien Gewerkschaftsführer gleichfalls keine grundsätzliche Politik verfolgen, sondern ihre Worte und Taten nach den augenblicklichen Zeitumständen und nach dem jeweiligen Orte einrichten, wo sie sich gerade befinden. Das Geheimprotokoll berichtet über die weiteren Redner:

Girbig (Glasarbeiter) erwähnt, sein Vorstand halte die Volksbund-Gründung nicht für notwendig. Simon (Schuhmacher) erklärt, sein Verband werde nicht beitreten. Eine Diskussion habe keinen Zweck mehr.

Leipart (Holzarbeiter) betont den Standpunkt der politischen Neutralität der Gewerkschaften. Wenn er dennoch für den Anschluß an den Volksbund eintrete, so unter der Voraussetzung, daß es sich um eine Kriegsmäßnahme handle und die Mitwirkung sich auf die Zeit des Krieges und das notwendigste Maß beschränke. Unsere Vertreter müßten sich stets bewußt sein, daß wir nur ausnahmsweise hier das politische Gebiet betreten. Auch sollten sie nicht ohne weiteres alle Veranstaltungen mitmachen, die dort unter Umständen vorgeschlagen werden können. Wir dürfen uns unsere Agitation nicht unnützlich erschweren und Stoff geben, um den Parteistreit in die Gewerkschaften hineinzutragen. Die Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran, hier mitzuwirken, um möglichst positive Politik zu treiben. Mag auch die Kraft der Christlichen und Hirsch-Dunsterischen im einzelnen geringfügig sein, so ist doch mit ihrer Verbindung mit den politischen Parteien mancher positive Fortschritt erreicht worden. Den Gewerkschaften kann es nicht gleichgültig sein, wie die Wahlrechtsfrage in Preußen gelöst wird, deshalb halte auch er den Beitritt zum Volksbund für zweckmäßig.

Reichel (Metallarbeiter): Die von Bauer vorgebrachten Gesichtspunkte reichten nicht aus, um den Beitritt zum Volksbund zu rechtfertigen. Es hänge von der Vaterlandspartei ab, welche Abwehrmaßnahmen der Volksbund gegen deren Tätigkeit unternehmen muß. Es sei auch nichts gesagt über den Organisationsplan des Volksbundes. Da den Gewerkschaften infolge der Einberufungen zum Heeresdienst immer mehr die nötigen Kräfte fehlen, würden die Veranstaltungen meist Angehörigen anderer Parteien und Intellektuellen überlassen bleiben, woraus uns dann Angelegenheiten entstehen könnten. Werde der Wunsch einer möglichst ein-

heitlichen Entscheidung der Gewerkschaften laut, dann müßte sein Verband die Frage nochmals prüfen.

Kloth (Buchbinder) ist mit dem Beitritt zum Volksbund einverstanden, hätte jedoch eine eingehendere Beratung erwartet, bevor eine Bindung der Verbände durch die Generalkommission erfolgte. Unter den dem Volksbunde angeschlossenen Organisationen (wozu Redner irrtümlicherweise den Hansabund zählte) herrsche weder über die Kriegsziele noch über die innerpolitischen Ziele Einmütigkeit.

Simon (Schuhmacher) zitiert Auslassungen eines Vertreters des Hansabundes in der „Nationalliberalen Korrespondenz“, um zu zeigen, daß eine einheitliche Auffassung in der Frage des Friedens und der inneren Neuorientierung unter den Organisationen im Volksbund nicht besteht. Der Handwerkerbund habe die Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände für Annexionen unterschrieben. Die Stellung der deutschen Gewerkschaften in der internationalen Gewerkschaftsbewegung werde durch Verbindung mit solchen Organisationen geschwächt. Er bedauere, daß die Generalkommission sich dem ablehnenden Standpunkt des Verbandsvorstandes des Schuhmacher nicht angeschlossen hat.

Grahmann (Buchdrucker) erklärt, auch für seinen Vorstand sei die Frist zur Entscheidung in der Frage des Anschlusses an den Volksbund zu kurz gewesen. Der Beitritt der Generalkommission werde jedoch offenbar überstürzt. Es komme in erster Linie darauf an, Fragen zu klären, sondern soviel Millionen deutscher Staatsbürger sind vorhanden, die Gegner der Vaterlandspartei sind. Der Kern der Beweggründe der Generalkommission lasse sich in die zwei Worte zusammenfassen: Verständigungsfrieden und Schaffung freier politischer Verhältnisse im Inland. Man brauche nicht allzu sehr befürchten, daß einzelne abwegige Äußerungen in Volksbundsversammlungen uns an die Reichshöhe gehängt werden. Der Buchdruckerverband hat von Anfang an die politische Neutralität auf seine Fahne geschrieben und trotzdem seien ihm wiederholt Äußerungen entgegengehalten worden, die Mitglieder der Generalkommission oder Führer anderer Gewerkschaften getan haben. Der Beitritt der Generalkommission zum Volksbund werde auch eine gewisse Wirkung auf dessen Leitung ausüben. Die Generalkommission hat einen Schritt getan, der uns praktisch vorwärts bringt."

Danach hielt Herr Bauer eine Rede, in der er die angeblich zu erwartenden Heldentaten des Volksbundes in inner- und außenpolitischer Beziehung im hellsten Lichte erspähten ließ. Leipart war darüber ganz begeistert; Reichel blieb nüchterner, denn das Protokoll sagt:

Reichel (Metallarbeiter) ist durch die Ausführungen Bauers besser informiert, doch könne dies an seiner grundsätzlichen Stellung nichts ändern. Er bestreite der Konferenz das Recht, einen bindenden Beschluß für alle Verbände zu fassen. Dem Beschluß könne nur eine moralische Bindung zukommen. Den Gewerkschaften hätte mehr Zeit gelassen werden sollen. Nachdem jetzt festgestellt ist, daß es sich in der Hauptsache um eine Zusammenfassung der Arbeiter- und Angestelltenverbände zur Abwehr der Tätigkeit der Vaterlandspartei handelt, ist die Sache etwas einfacher geworden und die starken Bedenken sind nicht mehr in dem Maße vorhanden wie vorher. Doch bleibe immer noch, daß die Gewerkschaften mit dem Beitritt zum Volksbund eine Aufgabe hochpolitischer Natur übernehmen, die Sache der politischen Partei ist. Wir werden uns noch einmal mit der Frage beschäftigen und dazu den Beirat hinzuziehen."

Die Konferenz beschloß den Anschluß an den Volksbund gegen die Stimmen der Bildhauer, Glasarbeiter, Handlungsgehilfen, Metallarbeiter, Schuhmacher und Textilarbeiter.

Die hier geschilderten Dinge sind in zweifacher Weise von Interesse. Sie charakterisieren nicht nur den Volksbund für Freiheit und Vaterland zur Genüge, sondern sie lassen auch die angebliche parteipolitische Neutralität der Gewerkschaftsführer im richtigen Lichte erscheinen. Dieselben Leute, die die parteipolitische Neutralität als eine Notwendigkeit preisen, wenn sie damit etwaige Wünsche der Mitglieder unterdrücken können, machen nach ihrem eigenen Geständnis dienstwillig in Politik, wenn und wie die Regierung es wünscht.

Arbeiter-Bildungsschule.

Wie bereits angekündigt worden ist, beginnt die Arbeiterbildungsschule ihre Lehrtätigkeit mit Anfang Oktober. Auch für den 5. Kriegswinter sind Kursusthemen vorgesehen, die besonders wichtige, durch den Weltkrieg brennend gewordene wissenschaftliche Probleme behandeln. Sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten, wird die Aufgabe der Arbeiter-Bildungsschule sein. In solchen Kursen, die je zehn Abende umfassen, werden in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1918 abgehalten:

1. Genosse Hermann Duncker ist leider wieder einberufen worden und kann daher seinen angekündigten Kursus nicht abhalten. An seiner Stelle wird der Genosse Otto Jensen einen zehn Abende umfassenden Kursus über das Thema: „Die wirtschaftlichen Wurzeln des Weltkrieges“ übernehmen. Dieser Kursus beginnt Montag, den 7. Oktober.

2. Ein Kursus, der die Geschichte der Internationale während des Welt-

krieges behandeln wird. Vortragender ist Genosse Emil Eichhorn. Der Kursus beginnt Dienstag, den 8. Oktober.

3. Ein besonders für Jugendliche bestimmter Kursus, der eine Einführung in die Volkswirtschaft geben soll. Vortragende ist Genossin Mathilde Wurm. Beginn: Donnerstag, den 10. Oktober.

4. Ein Kursus über das Thema: „Rußland vom Jahre 1905 bis zum Jahre 1918“. Vortragender ist Genosse Ernst Däumig. Der Kursus beginnt Freitag, den 11. Oktober.

Die Kurse beginnen alle pünktlich um 8½ Uhr abends und enden gegen 10 Uhr. Das Hörgeld beträgt 1 Mark. Für die Jugendlichen, die sich als Mitglieder der Freien Jugend Groß-Berlins legitimieren, beträgt das Hörgeld 50 Pf.

Neben diesen Wochenkursen sind noch folgende Sonntagsveranstaltungen vorgesehen:

1. Ein literarischer Vortragszyklus, der 4 Abende umfassen und das Thema: „Der moderne Roman“ behandeln wird. Vortragender ist der Genosse Emil Eichhorn. Jeder Vortrag wird in sich abgeschlossen sein. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfennig für den Abend. Diese Vorträge finden statt am 6., 13., 20. und 27. Oktober. Beginn abends 8 Uhr.

Am 3., 10. und 17. November, sowie am 1. und 8. Dezember findet ein musikalischer Vortragszyklus statt, der vom Genossen Leo Keßtenberg gehalten wird. Dieser Kursus wird eine Einführung in das Verständnis von Musikwerken (Lied- und Instrumentalmusik) bringen und durch Vorträge am Klavier und Gesang erläutert werden. Das Eintrittsgeld für diesen Vortragszyklus beträgt mit Rücksicht auf die Unkosten 30 Pf. für den Abend.

Am Sonntag, den 15. und 22. Dezember, wird je ein wissenschaftlicher oder künstlerischer Einzelvortrag gehalten werden, dessen Thema noch bekannt gegeben wird.

An künstlerischen Veranstaltungen sind vom Bezirksbildungsausschuß 3 größere Kunstabende im Laufe des Winter-Halbjahres geplant und zwar am 19. Oktober, 30. November 1918 und am 15. Februar 1919. Der erste dieser Kunstabende am 19. Oktober findet im „Deutschen Hof“, Ludauerstraße, statt. Das Programm wird eine künstlerisch wertvolle Auswahl von musikalischen Darbietungen und Rezitationen bringen. Mit der Ausgabe der Karten an die Organisationen wird in nächster Zeit begonnen werden. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark.

Die Berliner Genossinnen und Genossen werden ersucht, auch in diesem Kriegswinter von den künstlerischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen der Arbeiter-Bildungsschule regen Gebrauch zu machen und für einen guten Besuch zu sorgen. Jedes Mitglied unserer Organisation muß es für eine Ehrenpflicht erachten, das Bildungsinstitut der Berliner Arbeiterschaft in den Stürmen der Kriegszeit aufrecht zu erhalten und damit dem wissenschaftlichen Sozialismus, dank der eigenen Kraft der Arbeiterschaft, in der Reichshauptstadt eine Stätte zu sichern.

Die Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule wird mit Beginn des Unterrichtes wieder an allen Kursusabenden geöffnet sein. Ihr reichhaltiges Büchermaterial steht den Hörern, sowie den Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisation unentgeltlich zur Verfügung. Als Legitimation genügt Hörerkarte oder Mitgliedsbuch. Es wird ersucht, auch von dieser Bildungsmöglichkeit regen Gebrauch zu machen.

Aus den Organisationen.

4. Wahlkreis. Das Büro befindet sich jetzt Königsberger Straße 27, I. Stfl. I.

Die Jugendweihede des Ortsvereins Neukölln findet am Sonntag, den 22. September, vorm. 11 Uhr, in den „Gezellschafsspielen“, Bergstr. 151/52, statt. Eintrittstaxen zu haben im Sekretariat, Neudorfstr. 8.

Der Vorstand.

Cöpenick. Mittwoch, den 25. September, abends 8½ Uhr, im Lokal des Gen. Lehmann, Bahnhofstraße 46, Mitglieder-Versammlung. — Tagesordnung: 1. Rapport, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes, Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Spandau. Mittwoch, den 25. d. Mts., abends 8½ Uhr, findet im Lokal von Lindt, Bickelsdorfer Str. 5, unsere diesjährige General-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Rapport, 2. Quartal, 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Arbeiter- und Ernährungsfragen im Berliner Rathhause.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich am Donnerstag, den 12. September, mit Arbeiter- und Ernährungsfragen zu beschäftigen. Aus diesem Anlaß waren auch die Zuhörertribünen stark mit Arbeitern und Arbeiterfrauen gefüllt, die den Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit und Lebhaftigkeit folgten.

Zunächst wurde Bericht erstattet über einen Antrag Bartowski und Genossen (Abb. Soz.), nach dem eine Neuregelung der Bestimmungen über Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen eintreten soll. Auch zu Gunsten der kriegsbeschädigten Beamten und Arbeiter und der Hinterbliebenen von Gefallenen soll der Magistrat Verbesserungen schaffen.

Stadtv. Dittmer (Abb. Soz.) legt dar, daß der Ausschuh Antrag unzulänglich sei. Der Arbeiter müsse einen klaren Rechtsanspruch haben und dürfe nicht auf Wohlthaten angewiesen sein. Ferner müsse die einjährige Karenzzeit zum Bezuge der Vergünstigungen fortfallen. Man dürfe einen Arbeiter, der in den Dienst der Stadt getreten sei, nicht dafür verantwortlich machen, daß er noch vor Ablauf der Jahresfrist eingezogen worden sei. Auch eine Erhöhung der Bezüge sei notwendig. Deshalb müßten die Anträge der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion Annahme finden.

Stadtv. Dittmer (Abb. Soz.): Es gelte, den Standpunkt des Magistrats zu erfahren. Für die Befreiung eines Rechtsanspruches seien auch seine Freunde. Nur sei der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet, da eine Forderung der Karenzzeit notwendig sei. Die Beiseitigung der Karenzzeit halte er für allgemeinen Konsequenzen wegen nicht für angebracht, da die finanzielle Belastung der Stadtkasse zu groß würde. Er und seine Freunde hätten auch Verantwortungsgesühl. (Zuruf: Freiwilliger Magistratskommissar!) Wir befinden uns im Einvernehmen mit den Arbeitern!

Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Für den Antrag auf Befreiung der Karenzzeit stimmen nur die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten verlangt die Einsetzung einer gemischten Deputation zwecks Beratung einer Besserstellung der Lohn- und Arbeiterverhältnisse der städtischen Arbeiter.

Stadtv. Varenthien (Unabh. Soz.) weist begründend auf die Forderung hin. Die Löhne seien nicht entfernt mit den hohen Preisen für alle Lebens- und Bedarfsartikel gestiegen. Sehr zu wünschen ließe auch die Arbeitszeit übrig. Festzustellen sei, daß in einer ganzen Reihe von Fällen die Organisation der Arbeiter sehr angefallen und geschnitten würde. Dem müßte endlich ein Ende gemacht werden. Zu diesem Zwecke muß die Stadt mit den Arbeitern durch die Organisation zu einem tatsächlichen Verhältnis kommen. Bisher seien derartige Bestrebungen der Arbeiter vom Magistrat abgewiesen worden.

Die Stadtverordneten Dittmer (Abb. Soz.), Hartmann (Freie Fraktion) und Cassel stimmten dem Antrag zu. Letzterer allerdings mit der Einschränkung, daß das Arbeitsgebiet der Deputation nicht zu weit gezogen werden möchte. Vorher hatte der Stadtrat Selt eine entgegenkommende Erklärung abgegeben, die wiederum vom Bürgermeister Reich stark eingekengt wurde.

Die Ernährung der Berliner Bevölkerung betreffen zwei Anträge.

Ein Antrag Bartowski und Genossen (Abb. Soz.) will, daß der Magistrat dafür sorgen soll, daß die sonstigen Einschränkungen der Brot-, Kartoffel- und Fleischration die genügende Ernährung der Berliner Bevölkerung nicht vollkommen in Frage stellen und daß mindestens ein vollwertiger Ersatz in anderen Lebensmitteln uneingeschränkt gewährt wird.

Ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion verlangte eine Herabsetzung der unerhört hohen Preise für die wichtigsten Lebensmittel.

Stadtv. Koblenzer begründet den Antrag seiner Fraktion mit einer Darstellung der derzeitigen Lage der Berliner Lebensmittelversorgung. Im Juli habe die Bevölkerung wochenlang eine ungenügende Brotversorgung und den fast gänzlichen Ausfall der Kartoffelversorgung über sich ergehen lassen müssen. Dazu habe man die Fleischration nicht herauf, sondern herabgesetzt und fleischartige Wochen eingeführt. Damit sei in dem ohnehin am schlechtesten versorgten Berlin ein Gipfel des Mangels erreicht worden. Inzwischen sei ja die Kartoffelkrise in etwas überwunden, aber 7 Pfund sei und bleibe eine ungenügende Ration, und von der Erhöhung der Proportion höre man nur. Gemüse allein könne den Ausfall nicht decken, die Bevölkerung werde an Unterernährung langsam dahin. Ueberaus mangelhaft sei die Versorgung der Ersatzmittel, der Fische, Räucherwaren usw.; die Auslandsimportmelade sei viel zu teuer. Obst kann aufzutreiben. Auch die städtische Verwaltung mache sich des unerhörten Mißbrauchs schuldig. Obst nur dann an den Konsumenten abzugeben, wenn er sich gleichzeitig einige Pfund Kohlrabi aufzuwiegen lasse. Die Masse müsse vor dem Scheitern durch ausreichende Erhöhung der Rationen bewahrt, die Höchstpreise müssten auf ein für sie erträgliches Maß herabgesetzt werden. Man dürfe auch das Heimatsrecht nicht verletzenden lassen.

Stadtv. Hinte (Unabh. Soz.): Wirklich besser geworden seien eigentlich nur die Preise für Lebensmittel. Der Preis des Brotes ist für 1850 Gr. Schwarzbrot auf 97 Pfennige für Berlin festgesetzt, während bisher für 1950 Gramm 83 Pf. gezahlt wurden. Das ist eine Steigerung um 18 Prozent. Im Oktober 1917 betrug der Preis für 1950 Gramm

noch 75 Pf.; seitdem ist eine Steigerung von mehr denn 25 Proz. eingetreten. Neulich ist die Steigerung für Weizenbrot. Der Preis betrug für 1950 Gramm im September 1917 noch 82 Pf. und ist jetzt auf 1 Mark für 1850 Gramm festgesetzt. Die Weizenpreise sind ebenfalls gestiegen worden; sie betragen bisher für Roggenmehl 24 Pf. und sind auf 28 Pf. erhöht worden. Der Weizenmehlpreis betrug 28 Pf. und ist auf 32 Pf. erhöht worden; eine Steigerung um 15 Prozent. Die Erhöhung des Brotgetreides ist von der Regierung der gesamten Bevölkerung infolge der Schmachhaft gemacht worden, als bei der Erhöhung des Brotpreises pro Lonne auf 35 Mark ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Erhöhung der Grundpreise für das Brotgetreide eine Steigerung der Weizenpreise um 2 Pfennige für das Pfund Mehl bedeuten würde und daß sich dieser Preis auch für Minderbemittelte in erträglichen Grenzen halte. Wir sehen aber, daß nicht diese 2 Mark pro Zentner, also 2 Pfennige pro Pfund in Berlin aufgeschlagen werden, sondern 4 Pfennige pro Pfund. In Leipzig und Dresden sind die Brotpreise geringer. Entweder treibt der Magistrat hier eine Preispolitik, um an den notwendigsten Lebensmitteln genügend zu verdienen oder aber er gibt den Weizenhändlern und Bäckern einen weit höheren Verdienst, als sie an anderen Orten haben und wozu in Berlin keinerlei Notwendigkeit vorliegt. Erhebliche Preissteigerungen sind auch bei Graupen und Gerst eingetreten. Wir fordern, daß sich die Preise in jenen Grenzen zu bewegen haben, die die Selbstkosten decken. Darüber hinaus müssen wir jeden Pfennig energisch ablehnen. Die Kartoffelversorgung hat ja in den letzten Tagen eine kleine Besserung gebracht, als 2 Pfund besonders an die Bevölkerung verteilt worden sind und daß der Kartoffelpreis auf 12 Pf. herabgesetzt worden ist, ob als Folge unseres Antrages sei dahingestellt. Diese Preisherabsetzung hätte schon weit früher erfolgen können, denn der Zentnerpreis galt nur bis zum 1. September mit 10 Pfennigen und beträgt seit dem 1. September 6,2 Pfennige pro Pfund. Demnach muß die Berliner Bevölkerung einen Aufschlag von 5 1/2 Mark pro Zentner zahlen. Das sind doch Preise, die geradezu über die Hausnummer gehen. Wir verlangen eine weitere Herabsetzung der Kartoffelpreise und sind der Ansicht, daß der Preis sehr wohl sofort auf 10 Pf. herabgesetzt werden kann, wenn auf den Erzeugerpreis ein Aufschlag von 3 Mark für Transport, Vermittlung und Handel gewährt wird. Der Winterpreis für den Erzeuger beträgt 5,56 Mark. Wir dürfen und müssen damit rechnen, daß eine weitere Herabsetzung des Kartoffelpreises auf 8 Pfennige in die nächste Nähe gerückt ist. Bei einer richtigen Bewirtschaftung der Kartoffeln hätte die Kartoffelknappheit nicht einzutreten brauchen, in die wir geraten sind. In erster Linie tragen daran die Landkreise Schuld, die Berlin nicht mit genügend Kartoffeln beliefert haben. Aber andererseits trifft auch zu, daß die Stadt Berlin große Quantitäten Kartoffeln hat verkaufen lassen, so daß auch hierauf die geringere Versorgung zurückgeführt werden muß. Ich habe mir die verkauften Kartoffeln an der Greifswalderstraße angesehen. Es sind 280 000 Zentner Kartoffeln dort eingemietet worden. Von diesen 280 000 Zentnern sind etwa 80 bis 100 000 Zentner total verkauft und verdorben. Es ist ein Drittel als vollständig für die menschliche Ernährung verloren zu bezeichnen, selbst als Viehfutter ist von diesen 80 bis 100 000 Zentnern herzlich wenig geteilt worden.

Wären diese Meilen bei richtiger Beobachtung rechtzeitig geöffnet und im April der Bevölkerung zugänglich gemacht worden, dann wäre diese Katastrophe nicht eingetreten. Vor allen Dingen muß eine Herabsetzung des Kartoffelquantums baldigst erfolgen.

Das Milchquantum ist immer geringer geworden. Die Milchversorgung läßt alles zu wünschen übrig. Trotzdem steigen die Milchpreise fortgesetzt. Die Bevölkerung Berlins wird mit Milch recht kümmerlich versorgt; nur Säuglinge und kleine Kinder erhalten Milch; selbst Kranke, oft Schwerkranken werden mit 1/4 Liter abgepeist, oft erhalten sie auch gar nichts. Eine große Anzahl älterer Leute ist durch den Mangel an Milch und Fett ebenfalls zu Grunde gegangen und das scheint auch in Zukunft so bleiben zu sollen. Um einen noch höheren Milchpreis zu vermeiden, hat der Magistrat die Butter extra versteuert. Der Butterpreis ist von 4,50 auf 6 Mark heraufgesetzt worden, was nur einer Verschlimmerung des Milchpreises gleichkommt. Der Preis für Butter betrug für Berlin in den letzten Wochen für 40 Gramm 48 Pf., unser Nachbarort Pankow hat nun für die Woche vom 2. bis 7. September für 40 Gramm Primarware den Preis von 37 Pfennigen festgesetzt; Leipzig hat den Preis neuerdings vor 2 Wochen festgesetzt für 42 Gramm 50 Pfennige. Von Oberbürgermeisters und des Oberpräsidenten für die Rheinprovinz gelesen, in welcher der Preis auf 400 Mark für höchstens 50 Kilogramm festgesetzt ist, das macht 4 Mark pro Pfund, während der Preis für Berlin 6 Mark beträgt. Die große Masse der Bevölkerung und auch die Arbeiterfamilien mit zahlreichen Kindern werden durch diesen Butterpreis aufs härteste getroffen. Es ist endlich an der Zeit, gegen diese unerhörte Fortsetzung der Erhöhung der Preise für diese notwendigsten Nahrungsmittel Front zu machen.

Nach einem Aufschrei soll die Sache an die Lebensmitteldeputation referieren werden. Wir haben in diesem Jahre ganze zwei Sitzungen gehabt, und diese sind auf unseren Antrag erst einberufen worden. Es ist an der Zeit, daß diese Deputation mit ihrem Rat in so wichtigen Fragen mitreden könnte, ehe die Preise festgesetzt werden.

Die Preise für Gemüse sind ebenfalls unglaublich hoch. Wenn wir für Kohlrabi und für Kohlrüben 60 Pfennige für das Pfund bezahlen müssen, so sind das wirklich unerhörte Preise. Alles in allem genommen, sind die Zustände jämmerlich genug. Das sollten sich auch unsere leitenden Personen in Stadt und Staat selbst sagen und nicht mit geschlossenen Augen diese Zustände so blindlings hinnehmen, als wenn sie unabänderlich wären. Die Sterblichkeit und die Krankenziffer in der Bevölkerung sprechen hierüber genug. Wenn die Sache nicht zu ändern geht, dann heißt es eben, dem Krieg ein Ende zu machen, denn nur auf diese Weise kann für das Volk eine Besserung herbeigeführt werden. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und laute Zustimmung auf den Tribünen.)

Hierauf nahm der Oberbürgermeister Verimuth: Ich möchte den Vorwurf des Vorredners zurückweisen, daß der Magistrat nicht die Lebensmitteldeputation längst zusammengerufen hat. Wenn damit gemeint sein soll, daß wir nicht genügend Fühlung mit der Bevölkerung haben, so ist das vollständig falsch. Wir verfahren, besonders auch mit der Arbeiterbevölkerung, in intensiver Weise. (Widerspruch auf den Tribünen. Der Vorsteher rügt diese Kundgebung.) Jeden Sonnabend halten wir lange Besprechungen ab, in denen bis aufs Feinste alle Fragen behandelt werden. Man darf aber nicht vergessen, daß die uns bedrückenden Nahrungsmittelfragen großberlinische sind und zahllose Sitzungen mit den Gemeinden Groß-Berlins abgehalten werden müssen, und es wird niemand behaupten können, daß man es an der genügenden Intensität habe fehlen lassen. Der sozialdemokratische Antrag trägt noch die Anzeichen der Übergangszeit an sich. Jetzt stehen wir an der Schwelle des neuen Erntejahres. Es verpricht nach verschiedenen Richtungen hin gutes. Wir haben eine befriedigende, teilweise sogar gute Mittelernte zu erwarten, die uns befähigen wird, den Ernährungszustand der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Bei der Hoffnung auf das neue Jahr stellen wir in Rechnung nur die eigene Kraft; die Zufuhr aus dem Auslande, die sich allmählich zu entwickeln beginnt, würde nur eine Zufuhr zu den inländischen Beständen sein. Was das Brot betrifft, so war es recht bedauerlich, daß die alte Mehlkopfmenge von 220 Gramm nicht sofort vom 19. August ab wieder hergestellt werden konnte, namentlich da die Selbstversorger bereits in ihre frühere Ration wieder eingestiegen sind und damit das flatte Land wieder erheblich besser gestellt ist als die Städte. Mit aller Bestimmtheit können wir annehmen, daß wir vom 1. Oktober ab wieder auf 1950 Gramm Brot in der Woche kommen werden. Damit hoffen wir, daß die Nahrungsmittel den alten Stand wieder erreichen werden. Wenn der Vorredner gesagt hat, daß Berlin ungünstiger gestellt ist, als andere Städte, so werden wir gern in der Deputation in eine nähere Untersuchung eintreten. Aber man muß solche Behauptungen mit Vorsicht aufnehmen, denn die Systeme in den verschiedenen Städten beruhen auf ganz besonderen Grundlagen. Man darf nicht ohne weiteres aus einer Ziffer, die man aus einer Stadt gehört hat, entscheidende Schlüsse ziehen. — Was den Fleischgenuss betrifft, so hat die Notwendigkeit, den Viehstapel zu stärken, recht schmerzliche Einschränkungen auferlegt. Aber daß die fleischartigen Wochen sich zu einer periodisch dauernden Einrichtung auswachsen, glauben wir nicht erwarten zu dürfen.

Der Oberbürgermeister wendet sich dann gegen die Berechtigung des Einspruches, der sich namentlich aus Bayern gegen die angebliche Besserstellung Groß-Berlins in Bezug auf die Fleischration erhoben hat und weist darauf hin, daß Groß-Berlin mit viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als solche Städte, die ihre Wurzeln in dem umgebenen platten Lande haben. Nicht Bevorzugung ist es, was Berlin verlangt, sondern eine abwägende Gerechtigkeit. Bezüglich der Kartoffel Ration kurzzeit sein Grund vor, zu erklären, daß die Portion von 7 Pfund pro Woche unter keinen Umständen überschritten werden könnte; wir hoffen vielmehr, daß nach genauer Kenntnis des Ernteaufschlags die Rationmenge so hoch wie möglich festgesetzt werden wird.

Darauf tritt der Oberbürgermeister den Vorwürfen entgegen, die wegen der verkauften Kartoffeln erhoben worden sind, und weist insbesondere darauf hin, daß der Landwirt in der Lage sei, sich bestimmte Sorten auszuwählen, deren Haltbarkeit er genau kennt, der Magistrat aber in so großen Mengen nehmen muß, was geliefert wird. Die erhobene Bemänglung sei durchaus unrichtig, und wenn man gegen die Annahme von so großen Referenzen anfängt, so schneide man der städtischen Kriegswirtschaft den Lebensnerv ab. Der Magistrat beabsichtige auch dieses Jahr eine noch größere Reserve als voriges Jahr anzulegen. Staat und Gemeinde seien dafür verantwortlich, daß auch diesmal der Winterbedarf an Kartoffeln vor Eintritt des Frostes eingeführt wird. Bei der Butter ist die Aufgabe, die gegenwärtige Portion mit aller Fähigkeit festzuhalten, und wenn möglich zu erhöhen. Es sollte dies möglich sein. Ich will aber unumwunden erklären, daß wir — ohne Verschleierung — einen Teil der Erhöhung des Milchpreises auf den Butterpreis geworfen haben, in der Erwägung, daß Milch ein wichtiges Nahrungsmittel für die heranwachsende Generation ist. Der Milchimport, der Anfang Juni bis auf 350 000 Liter pro Tag gestiegen war, ist schon ganz beträchtlich gesunken, auf 250 000 Liter. Wir haben sehr unter dem Umschlag der Witterung gelitten. Bei der großen Hitze sind an einem Tage allein 119 000 Liter sauer

angetommen; selbst bei der gegenwärtigen höchsten Witterung sind noch 60 000 Liter pro Tag sauer geworden. Dank eines jetzt erfindenen Einsäuerungsverfahrens ist es möglich, einen großen Teil als Süßmilch wieder in den Handel zu bringen. Die Fettstelle hat schon die entsprechenden Einrichtungen getroffen. Während die Objektivität mangelhaft ist, ist bei dem Gemüse eine weitgehende Besserung eingetreten.

Es ist außer Zweifel, daß der Druck der Kriegswirtschaft gerade von dem deutschen Volke je länger je mehr als lästig empfunden wird; aber er ist eben die Folge des Krieges, der uns aufgezwungen ist, und das Volk wird ihn ertragen müssen. Der Magistrat wird sich nach wie vor in der vorderen Reihe derjenigen befinden, die den Druck gleichmäßig auf alle Schultern zu legen beabsichtigen sind.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Stadtverordneten Helm (alte Linke) und Stadtv. Dowe (Freie Fraktion), die die Tätigkeit des freien Handels befehligen.

Das Schlusswort nimmt für die Antragsteller Stadtverordneter Leib (Unabh. Soz.). Unser Antrag ist nicht vom Standpunkt des Handels, sondern von dem der Verbraucher gestellt. Wenn ich aber das Recht der Debatte habe, so möchte ich sagen, es ist doch äußerst mager. Was die Preise für die notwendigen Lebensmittel betrifft, so haben wir nicht viel gehört, was uns zu der Hoffnung berechtigte, daß die Preise in irgend nennenswerter Weise gesenkt würden. Wir haben eine Menge Stellen, Staatsstellen, Reichsstellen, Gemeindestellen, die sich alle mit der Preisfrage zu beschäftigen haben. Bald nach Ausbruch des Krieges haben wir eine Vorlage beschloffen, welche den Zweck haben sollte, gegen ungerechte Preissteigerung ein Ventil zu sein. Wir schufen die berühmte Preisprüfungsstelle. Wer aber im Gemeindefrat die Preisfestsetzungen verfolgt, muß darüber den Kopf schütteln. Es heißt, die Preisprüfungsstellen sind wiederum gebunden an die allgemeinen Preise, die die Reichsstellen vorschreiben, so daß die Preisprüfungsstellen nichts anderes sind als eine Art amtlicher Deckung der ungerechtfertigten Preistreiber, die nichts verhindern, sondern nur eine Art weißer Seife, eine Antilke darstellen. Da wäre es schon besser, wenn man diese Preisprüfungsstellen zum Teufel schickte. Mögen diejenigen die Verantwortung übernehmen, die an den hohen Preisen schuld sind.

Der Herr Oberbürgermeister hat ein allgemeines Programm kurz umrissen. Er hat in Aussicht gestellt, daß die Ernte befriedigend sei und daß zu hoffen wäre, daß der Ernährungszustand ausrecht erhalten werden könne. Wir haben eigentlich während der Kriegszeit diese Rede sehr oft vernommen und wir sind nach Hause gegangen in der Meinung, es bleibt alles beim alten.

Hier und dort wird eine Kleinigkeit geändert, vielleicht auch gebessert, aber im Wesentlichen besierete sich nichts, im Gegenteil, es wurde von Jahr zu Jahr immer schlechter, es wird auch nicht viel zu bessern sein, so lange wir unter den jetzigen Umständen leben. Als Vertreter der Armen und Armenisten, die wir in diesem Saale sitzen, halte ich es für meine Pflicht, hervorzuheben, daß die Bevölkerung zu den Verpfändungen, Verpfändungen, Pfändungen — nicht das geringste Vertrauen hat.

Wer unter der Arbeiterbevölkerung des Ostens und Nordens lebt, wie wir, wer da tagtäglich sieht, wie die Arbeiter und Arbeiterfrauen wie wandelnde Leichen an uns vorbeiziehen, der weiß, was die langen Abhandlungen und Statistiken über unsere Ernährungsverhältnisse bedeuten. Nicht um Unterernährung handelt es sich, sondern um eine chronische Hungersnot. Das ist keine Übertreibung. Das hat kürzlich erst die Städtekonferenz der Holzarbeiter offen ausgesprochen. Der Hinweis des Oberbürgermeisters, daß die Sterblichkeit im letzten Jahre geringer als im Jahre vorher war, beweist gar nichts, höchstens beweist das, daß die Sterblichkeit im Vorfahre unter den Kranken, Tuberkulösen und Schwächlichen so außerordentlich hat, daß es in diesem Jahre weniger aufzuräumen gab.

Die Arbeiterschaft, die große Masse der Bevölkerung, hat nach jeder Richtung hin das Vertrauen verloren und deswegen hat es in weiten Kreisen Verwunderung erregt, auch unter den Stadtverordneten, daß kürzlich der Oberbürgermeister und der Vorsitzende dieser Versammlung an den Kaiser ein Telegramm abschicken konnten, in welchem zum Schluß von dem „nutigen und freudigen Vertrauen der Reichshauptstadt“ die Rede war! Wenn das im Namen der Stadtverordneten geschieht, so wundern Sie sich nicht, wenn diejenigen Teile der Versammlung, die damit nicht einverstanden sind, entschieden Einspruch dagegen erheben; das tue ich hiermit mit aller Entschiedenheit, vor allen Dingen auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die wir in diesem Saale vertreten. Wenn man schon telegraphieren will, sollte man die Not und das Elend der Berliner Bevölkerung schildern.

Mögen diese Tatsachen an die Stellen herantreten werden, die sie wissen sollen. Es gilt, die Quellen des Elends zu verstopfen. Mögen diese Kreise getarnt sein! Unser Antrag kann nur die schlimmste Ausbeutung etwas mildern. So lange der Krieg dauert, wird wesentliches an dem Ernährungszustand nicht geändert werden. Es gilt, dem schrecklichen Kriege ein baldiges Ende zu bereiten. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und auf den Tribünen.)

Beide Anträge gehen an die Lebensmitteldeputation. Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion hatte ferner folgenden schleimigen Antrag eingebracht: „Mit Rücksicht auf die durch den Krieg herbeigeführte täglich wachsende Notlage der Berliner Bevölkerung, die sich vor allem in der Verschlechterung der Ernährung, in der Herabsetzung ihrer gesamten Lebenshaltung und in der Zunahme der Kriminalität und der Sterblichkeit ausprägt, wolle die Stadtver-

ordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zusammen mit ihr eine Petition festzustellen, worin der Herr Reichskanzler ersucht wird, erstens sofort Friedensbesprechungen einzuleiten und zur Vorbereitung erfolgreicher Friedensverhandlungen mit allen Kräften auf die Schaffung demokratischer Einrichtungen im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten einzuwirken.“

Der Vorsitzende hatte diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Stadtv. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) interpellierte deshalb den Vorsitzenden über die Gründe. Zunächst verweigerte er die Antwort. Schließlich erklärte er, daß der Antrag eine politische Tendenz hätte und deshalb unzulässig sei. Im Übrigen ließe er eine weitere Debatte nicht zu und schloß die Sitzung.

Die Reichstagsersatzwahl im 1. Berliner Wahlkreis.

Am 15. Oktober findet im 1. Berliner Wahlkreis die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten und Reichstagspräsidenten Kämpf statt. Der Wahlkreis ist bisher stets von einem Fortschrittler vertreten gewesen. Bei der letzten Wahl rückte der sozialdemokratische Kandidat Düwelle mit Herrn Kämpf in engere Wahl und nur mit sieben Stimmen Mehrheit ging der Freisinnsmann als Sieger aus der Wahl hervor.

Der erste Wahlkreis ist der „vornehmste“ Kreis in Berlin. Aber auch der schwachbevölkerteste; es ist der sogenannte Schloßkreis. In ihm wohnen der Hof, die Minister und die Spitzen der Gesellschaft von W.W. Die Straße unter den Linden ist mit Hotels, Banken und vielen öffentlichen Instituten angefüllt, die angrenzende Friedrichstraße ist Geschäftsstraße, während ihre Nebenstraßen Büros enthalten. Es ist die vornehmste Gegend Berlins. Die Mieten in dieser Gegend sind ungeheuer; sie kommt als Wahlbezirk nur zum kleinen Teil in Frage. Daß das Proletariat in dieser Gegend sehr dünn gesät ist, ist kein Wunder. Zu der Klasse der Nichtbestehenden zählen in der Hauptsache nur die dort wohnenden Angestellten, Kutsher, Portiers und eine Anzahl anderer dienstbarer Geister. Dazu kommen höchstens noch eine Anzahl Schneider und kleine Schuhmacher. Diese Kategorie von Proletariern ist durch den Krieg noch mehr dezimiert worden. Im Tiergartenviertel wohnt natürlich die Hautevolee. Ein Stück des langgestreckten Wahlkreises, das sogenannte Hansaviertel, stößt an Moabit, den 6. Berliner Wahlkreis. Doch auch in diesem vornehmen Wahlkreise haust das Elend. Unweit vom Berliner Schlosse, an dem Marstall, in der Fischerstraße, dann in der Waisenstraße, Jüdenstraße, Sieberstraße, am Krögel, haben sich noch alte bauwürdige Häuser erhalten, ein Stück von Alt-Berlin, in dem die Armut und das Elend haust. Aus diesem Teil erhielten wir den größten Teil der sozialdemokratischen Stimmen. Je mehr aber auch in diesen Gegenden Neubauten, wie das Stadthaus, entstanden oder einige Geschäftshäuser in der Stralauerstraße, verringerte sich auch hier die Zahl der kleinen Leute.

Große proletarische Massen wohnen also nicht im 1. Wahlkreis, heute weniger denn je, und es ist von nicht geringem Interesse, die Werbearbeit der einzelnen Parteien zu beobachten. Die Fortschrittliche Volkspartei ist in sich wegen der Kandidatur zerklüftet. Der Kreis des Kommunal Liberalismus, der die Kandidaten bestimmt, geht vom engsten Lokalinteresse aus. Das verstimmt wieder andere, die den Blick etwas weiter hinausrichten, auf das große Gebiet der hohen Politik. Der Streit um den Kandidaten unter den Anhängern der Fortschrittlichen Volkspartei war der Auftakt zu dem Wahlbeginn. Erst war Herr Cassel ausersehen. Als die Trauben zu hoch hingen, empfahl er selber Herrn Justizrat Kempner. Dieser wurde nun von den verschiedensten Seiten heftig angefeindet, weil er zu sehr vom Standpunkt der Hausbesitzer orientiert, aber kein Politiker war. Die andere Seite wollte durchaus Herrn Dernburg haben, der sei der rechte Mann. Den wollen aber die kommunalfreisinnigen Hausbesitzer unter keinen Umständen. In dieser Not glaubten die Regierungssozialisten mit einem Kandidaten auszuweichen zu sollen: sie traten mit Herrn Hugo Heilmann auf den Plan und empfahlen ihn als Mieterkandidaten. Darob großer Aerger bei den Bloßbrüdern. In seinem Auftrage spreche der Parteivorstand von einer Erhebung der Wahlrechtsfreunde gegen die Wahlrechtsfreunde, und jetzt würde diese Phalanx durch die Aufstellung eines Kandidaten durchbrochen, jammert die „Liberale Korrespondenz“. Das „Berliner Tageblatt“ sucht gut zuzureden. Man solle die Kandidaten Kempner und Heilmann zurückziehen und sich auf Dernburg verständigen. Dann wäre die Sache wieder gut und der Bloß bliebe ganz. Hoffentlich vertragen sich die Herrschaften bald wieder, es wäre doch zu schlecht, wenn die Freundschaft auf eine kurze Zeit getrübt werden sollte. Uns macht die Kandidatenfrage nicht die Kopfschmerzen. Wenn unsere Genossen trotz der eben geschilderten ökonomischen Struktur des Wahlkreises in die Wahl eintraten, so tun

sie das in erster Linie deshalb, um bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Sache der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Propaganda zu machen. Wählerfang zu betreiben, ist nicht unsere Sache.

Unsere Genossen haben deshalb im 1. Kreise den Metallarbeiter Richard Müller aufgestellt. Es gilt jetzt für unsere Genossen Berlins, an die Arbeit zu gehen und den Genossen des 1. Kreises nachdrücklichste Hilfe zuteil werden zu lassen.

Aus der Bewegung.

Die Verteilung der Landtagsmandate im Falle einer Auflösung des Abgeordnetenhauses haben die Abhängigen schon im voraus vorgenommen. Bei ihrer Vorliebe für die Regierungsparteien ist es ganz selbstverständlich, daß die Abhängigen mit diesen Parteien einen Bloß bilden wollen, „um die reaktionäre Mehrheit des Landtages zu stürzen“. Sie werden da in eine recht gemischte Gesellschaft kommen. Zu diesem Zwecke wollen sie sich zum Schwanz der bürgerlichen Parteien machen, denn sie erklären ganz offen, daß mehr sozialdemokratische Abgeordnete bei diesem Wahlsystem nicht zu erhoffen seien. Würden sich die Unabhängigen dem Bloß anschließen, wird man bereit sein, ihnen die Mandate zu belassen. Wie gnädig! Im andern Falle müßte ihnen ein Gegenkandidat gegenübergestellt werden. Als ob die Herrschaften das nicht schon getan hätten! Sie haben im Vorjahre anlässlich der Landtagswahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk einen Kandidaten aufgestellt zu einer Zeit, wo wir noch formell der Gesamtpartei angehörten. Sie, die Herren Abhängigen, sollten ihre Großsprecherien ruhig beiseite lassen von wegen die Mandate „überlassen“. Sie haben nichts zu überlassen. Wir werden das umgekehrt auch nicht tun.

Viegnitz. Am Sonntag, den 15. September, sprach im Saale des Wintergartens Genosse Eduard Bernstein über „Zeit- und Streiffragen“. Es war die erste Versammlung in Viegnitz, in der ein Redner unserer Partei gesprochen hat. Das Viegnitzer Tageblatt bringt einen längeren Bericht über die Vernstein'schen Ausführungen, es ist ihm nicht recht, daß Vernstein nicht englandfresserisch geredet hat. Das ist eigentlich für Vernstein ein Lob. Die Viegnitzer Volkszeitung referiert auf Grund des Tageblatt-Berichts. Selber ist ein Vertreter nicht in der Versammlung gewesen, aber was schade! Sie hatten alles getan, um die Arbeiter von dem Besuch der Versammlung fernzuhalten. Das Blatt schreibt über die Versammlung:

„Armer Vernstein! Nach einem Leben von ehrlicher und nützlicher Arbeit für alle Völker der Welt und nicht zum wenigsten für unser eigenes Volk, finden wir ihn heute unter einem Häuflein von Querulanten. Sie querulieren ja überall nur, wenn ihnen auch ihr Querulantenwahn nicht immer durch Gerichtsbescheidungen wie in dem Viegnitzer Falle. Noch vor fünf Jahren hätte es die Viegnitzer Arbeiterschaft freudig und dankbar begrüßt, wenn sie den Genossen Vernstein bei sich hätte empfangen können. Der unabhängige „Herr Vernstein“ aber sieht niemanden an.“

Also ein Häuflein Querulanten! Das ist die Einschätzung derjenigen, die nicht so wollen, wie die Herren Regierungssozialisten. Das müssen sich unsere Freunde merken; genau merken, um zu ermessen, mit wem sie es zu tun haben. Arbeit wird es ja noch kosten, aber die hat uns noch nie gehindert, für das Recht zu kämpfen. Je schwieriger die Aufgabe, desto eifriger für die Sache: Verteilungen und Beschimpfungen prallen da ab. Sie kennzeichnen sich nur selber! Die bürgerlichen Gegner sind nicht schlimmer, eher anständiger!

Konstanz (Baden). Die hiesige Arbeiterschaft hat einen guten Parteikämpfer in der Person unseres Genossen Felix verloren, der ganze 1. Kreis schätzte ihn wegen seiner eifrigen Agitation für die Sache der Sozialdemokratie und des gewerkschaftlichen Kampfes. Er ist ein Opfer der Kriegsstrapazen geworden. Heimgekehrt unter die Konstanzer Genossen, war auch er der festen Überzeugung, daß die regierungssozialistische Politik ein böses Verhängnis für die Arbeiterschaft gewesen ist. Er wurde deshalb zum Förderer der Organisation der U. S. P., die in Konstanz ins Leben trat und den tüchtigen Kämpfer am Grabe auch mit einer Kranzwidmung ehrte, die aber namens der Internationale geschah. — Damit die Arbeiterschaft des 1. Kreises die Wahrheit nicht erfährt, verschweigt der regierungssozialistische Herr Großhans in seinem „Volksblatt“ Bericht über die Beerdigungsfeste die Tatsache, daß der auch von den Abhängigen geehrte Felix den Mut hatte, sich als alter grundsätzlicher Kämpfer gegen die Kapitalistenklasse zur U. S. P. zu bekennen. Er bleibe unvergessen!

Aus dem Geisteschatz des Sozialismus.

Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere schen, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markte getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die — Gerberei.“

R. Marx:
„Das Kapital“, Bd. 1, Kap. 4.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 38-39.